

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908**

76 (8.3.1908) Badischer Landtag. Zweite Kammer. 42. öffentliche Sitzung



## Badischer Landtag.

## Zweite Kammer.

42. öffentliche Sitzung  
am Freitag den 6. März 1908.

## Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1908 und 1909, Ausgabe Titel XVI und Einnahme Titel VII (Landwirtschaft) — Drucksache Nr. 12c — Berichterstatter: Abg. Schüler,

und damit in Verbindung:

Beratung des Berichts der Petitionskommission über die Anträge der Abgg. Neuwirth und Genossen

- a. die Beschleunigung der Feststellung der Vergütung für die durch Truppenübungen entstandenen Kurfürstlichen betr. (Drucksache Nr. 35),
- b. die Aenderung des Servistatufs, Beilage 1 zum Reichsgesetz vom 6. Juli 1904, durch Erhöhung der Quartiervergütung für Dienstpferde (Drucksache Nr. 36) — Drucksache Nr. 35 (36) a — Berichterstatter: Abg. Neuwirth (Fortsetzung).

Am Regierungstisch: Präsident des Ministeriums des Innern Wirkl. Geh. Rat Frhr. von und zu Bodman, Geh. Oberregierungsrat Rebe, Ministerialrat Flab, der Referent für Pferdezüchtungsangelegenheiten Graf von Bismarck, die Oberregierungsräte Märklin und Hafner.

Präsident Fehrenbach eröffnet kurz nach 3/4 Uhr nachmittags die Sitzung.

Es wird der Eingang folgender Petitionen angezeigt:

1. a. des Vorstandes des Badischen Architekten- und Ingenieurvereins;
- b. des Amtsgerichtsdieners und Gefangenemwärters Franz Häusle für sich und namens seiner Amtsgenossen (übergeben vom Abg. Muser)

zur neuen Gehaltsordnung;

2. des katholischen Stiftungsrats St. Märgen sowie der Vertreter der politischen Gemeinden des Kirchspiels (St. Märgen, Hinterstraß, Bildgutach und Wagensteig) um güttsweisen Beitrag zum Wiederaufbau der am 12. September 1907 abgebrannten alten Klosterkirche und bisherigen Pfarrkirche St. Märgen.

Ziffer 1 wird der Kommission für die Beamtenvorlagen, Ziffer 2 der Petitionskommission überwiesen.

Zur Tagesordnung (Fortsetzung der allgemeinen Beratung zum Landwirtschaftsbudget und der Beratung über die Anträge der Abgg. Neuwirth und Gen.) erhalten das Wort

Abg. Müller (natl.): Seit dem vorigen Landtag haben im Lande Baden zwei große landwirtschaftliche Ausstellungen, sogenannte Jubiläumsausstellungen, stattgefunden, die eine in den Septembertagen des Jahres 1906 hier in Karlsruhe, die andere im Laufe des Sommers des Jahres 1907 in Mannheim. Die erstere trug einen internen, einen badischen Charakter, die zweite einen mehr internationalen Charakter. Ich will auf die Beschreibung dieser beiden Ausstellungen nicht eingehen. In der Presse sind in genügendem Maße Ausführungen über diese beiden Ausstellungen erfolgt. Beide Ausstellungen waren mit Staatsmitteln unterstüzt, und ich freue mich, daß die Großh. Regierung auch in diesem Budget wieder eine Summe von 30 000 M. eingestellt hat zur Unterstützung der badischen Aussteller auf der im Laufe des Monats Juni in Stuttgart stattfindenden Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft.

In Mannheim, wo, was den landwirtschaftlichen Teil der Ausstellung anbelangt, kein Vieh, sondern nur Obst, Gartengewächse usw. ausgestellt waren, hatte die Landwirtschaft einen sehr schweren Standpunkt, eine große Konkurrenz auszuhalten. Besonders war dies der Fall auf dem Gebiete des Obstbaues und hier speziell auf dem Gebiete des DaueroBSTes, des sog. Winterobstes. Diese Konkurrenz war deswegen besonders schwer, weil im Lande Baden im vorigen Jahre die Obsternte eine sehr geringe, in manchen Landesteilen sogar eine schlechte war, so daß von dem einzelnen Aussteller wenig geliefert werden konnte, daß man vielmehr die Beschickung dieser Ausstellung den landwirtschaftlichen Vereinen, den Genossenschaften, überlassen mußte. Bei der Ausstellung im Jahre 1906 hier in Karlsruhe war es anders. Dort kam eine reine badische Obstbauausstellung zustande, und allgemein konnte man hören, daß man hier sowohl auf dem Gebiete des Obstbaues, wie auch bezüglich der anderen ausgestellten Gegenstände wesentliche Fortschritte gemacht habe im Vergleich mit den früheren Ausstellungen in Karlsruhe in den Jahren 1879 und 1886. Man konnte hier sehen, daß die badische Landwirtschaft nicht stillgestanden, wie das da und dort behauptet wird, sondern mächtig vorwärts geschritten ist auf wissenschaftlichem Gebiete sowohl wie auf technischem Gebiete. In den verschiedenen Zweigen



der Landwirtschaft, die hier zur Ausstellung kamen, waren, wie gesagt, überall Fortschritte zu sehen. Ich will nur hinweisen auf die verschiedenartigen Ackergeräte und landwirtschaftlichen Maschinen, die dort ausgestellt waren und heute überall im Lande im Gebrauch sind; ich will hinweisen auf die Molkereiausstellung, in der die bedeutenden Fortschritte auf dem Gebiete der Milchverwertung gezeigt wurden; ich will hinweisen auf die Fischereiausstellung, auf die Lehrmittelausstellung unserer landwirtschaftlichen Winterschulen, welche genau zeigten, was ein junger Landwirt heute lernen kann, ja lernen muß, wenn er bei dem großen Kampfe auf landwirtschaftlichem Gebiete seine Stellung behaupten will. Sehr interessant war auch die wissenschaftliche Ausstellung, angeordnet durch das Großh. Ministerium des Innern und ausgeführt durch das Statistische Landesamt, die Landeskulturbehörden, die Versuchsanstalt Augustenberg, die landwirtschaftlichen Winterschulen des Landes, die Hufbeschlagschulen usw. Auch die Viehausstellung war eine rein badische. Sie zeigte einen großen Fortschritt auf allen Gebieten, sowohl der Pferde- als der Rindviehzucht, der Schweinezucht und der Ziegenzucht. Was diese Viehausstellung anbelangt, so konnte man aber sehen, daß eine Genossenschaft, wie sie noch so gut geleitet sein, nicht von heute auf morgen das Ziel erreichen kann, das sie sich gesteckt hat. Die älteren Genossenschaften haben wesentlich besser ausgestellt und wesentlich besser abgeschnitten als die jüngeren.

Die Großh. Regierung hat im Laufe der letzten Jahre für die Förderung der landwirtschaftlichen Genossenschaften vieles getan, und unsere Genossenschaften erkennen das auch sehr gerne an. Sie sind der Großh. Regierung und diesem hohen Hause sehr dankbar für die Unterstützungen, die ihnen auf allen Gebieten zu teil werden, besonders aber auf Ausstellungen innerhalb und außerhalb der gelb-rot-gelben Grenzpfähle. Durch diese Ausstellungen sind die badischen Zuchtgebiete, die badischen Zuchten, bekannt und ist der Absatz unserer überzähligen Tiere in hohem Maße gefördert worden. Ich will nur erinnern an die schon im Jahre 1873 vom landwirtschaftlichen Verein Meßkirch besandte Weltausstellung in Wien. Damals hat der landwirtschaftliche Verein Meßkirch 20 Kalbinnen und zwei Farren nach Wien geschickt und dort den 1. Preis bekommen, nämlich die Fortschrittsmedaille. Der weitere Erfolg dieser Besandung war der, daß eine große Masse Züchter, besonders Großgrundbesitzer aus Oesterreich-Ungarn in die Gegend von Meßkirch kamen und dort die Zuchttiere kauften, die sie zur Förderung ihrer eigenen Zucht nötig hatten.

Gleich große Erfolge hatte der Oberbadische Zuchtverband, dem ja auch der landwirtschaftliche Verein Meßkirch angehört, in den letzten Jahren auf allen Ausstellungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft zu verzeichnen. Immer mehr und mehr werden die Produkte dieser Genossenschaft bekannt im Inlande und im Auslande, und immer mehr haben die Genossenschaften Gelegenheit, ihre Tiere zu gutem Preise abzugeben.

Auch unser Unterbadischer Pferde- und Zuchtverband hat viel durch die Besandung der Ausstellungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft gewonnen. Besonders ist es die Ausstellung in München, die uns ein gutes Absatzgebiet geschaffen hat. Seit der Besandung der Münchener Ausstellung durch unseren Verband kommen aus Bayern jährlich verschiedene Male Händler und kaufen alle Fohlen auf, die irgendwie feil sind. Auch der vom Verbande ins Leben gerufene Zuchtfohlenmarkt in Sinsheim, der gerade gestern stattgefunden hat, erfreut sich eines regen Besuches. Es wird immer ein großer Prozentsatz der vorgeführten Tiere dort verkauft. Besonders ist man in den Reihen der dortigen Züchter darüber erfreut, daß auch die Großh. Regierung diesem Zuchtvielmärkte ihr

Interesse entgegenbringt, und es wird allgemein anerkannt, daß immer Vertreter der Großh. Regierung dort sind, um sich über die Fortentwicklung des Marktes und über die Hebung der Zucht in jenen Gegenden zu informieren.

Der Zusammenschluß der Landwirte auf den verschiedensten Gebieten der Produktion zu Genossenschaften ist zu begrüßen, und ich möchte der Großh. Regierung, wie schon gesagt, nochmals meinen Dank aussprechen für die Förderung dieser Genossenschaften. Viele derselben sind begründet vom landwirtschaftlichen Verein des Landes, von den landwirtschaftlichen Bezirksvereinen, und manches dieser Kinder ist dem alten Vereine über den Kopf gewachsen. Das hindert aber nicht, daß der landwirtschaftliche Verein, daß die Bezirksvereine mit den von ihnen gegründeten Genossenschaften Hand in Hand arbeiten, zusammengehen, zum Wohle und zur Förderung unserer Landwirtschaft.

An Stelle des Landwirtschaftsrates, der seit Jahrzehnten die einschlägigen Geschäfte besorgt hat, ist nunmehr die Landwirtschaftskammer getreten. Es ist damit der Wunsch von Tausenden badischer Landwirte nach einer Vertretung, ähnlich, wie sie das Gewerbe, wie sie der Handel hat, in Erfüllung gegangen. Bedauert habe ich nur die Art und Weise, wie dieses Gebilde in den letzten Jahren zustande kam: Ich hatte gedacht, daß bei diesen Wahlen die politischen Parteien nicht in die Erscheinung treten werden, sondern daß man in den einzelnen Bezirken den geeigneten Mann ausfinden und diesen glattweg wählen würde. In der Pfalz ist dies ja geschehen; in unserem Bezirke wurde keine einzige Versammlung abgehalten, der geeignete Mann wurde vorgeschlagen, und, obwohl man nicht ganz einig war, doch glattweg gewählt (Zuruf von Zentrumsseite). Ich bin nämlich der Ansicht, daß man auf diesem Gebiet keine Parteipolitik treiben sollte; hier sind keinerlei politische Interessen zu behandeln und auch keine zu gefährden. Ich möchte aber trotz dieses heftigen Kampfes, wie er im Oberland stattgefunden hat, der Hoffnung Ausdruck geben, daß die verschiedenen Richtungen — wir haben das ja auch schon während der Verhandlungen gesehen — doch gemeinsam der Aufgabe, die sich ja alle gestellt haben, das Wohl unserer Landwirtschaft zu fördern, auch wirklich gerecht werden.

Nun ist in der letzten Sitzung der Landwirtschaftskammer wieder der Gedanke der Einführung einer Besteuerung in die Debatte geworfen worden. Ich habe schon im Jahre 1902, als wir zum ersten Male dieses Landwirtschaftskammergesetz hier berieten, mich gegen eine Besteuerung ausgesprochen, und ich stehe heute noch auf demselben Standpunkte. Ich stehe auf diesem Standpunkte deswegen, weil ich mir sage, daß unsere kleinen Landwirte bereits Steuern und Abgaben aller Art in so großem, in so hohem Maße zu entrichten haben, daß ich es für ein Unglück halten würde, wenn man zu den Abgaben noch eine neue hinzufügen würde (Sehr richtig! bei den Liberalen). Die Großh. Regierung hat sich ja auch auf den Standpunkt gestellt, von einer Besteuerung abzusehen; die Kammer hat zwar das Recht, in einem gewissen Punkte dieselbe doch einzuführen. Die Großh. Regierung hat nun in das Budget 20 000 M. eingestellt, und ich bin der Ansicht, daß, wenn diese 20 000 M. nicht ausreichen, und wenn vielleicht noch ein paar tausend Mark nötig werden sollten, die Großh. Regierung diese Summe in einem Nachtragsbudget anfordern sollte; ich möchte die Großh. Regierung bitten so zu verfahren.

Die Lage unserer Landwirtschaft ist seit dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge besser geworden. Unsere Produkte der verschiedensten Art sind, wenn zum Teil auch nur vorübergehend, im Preise gestiegen. In keinem Verhältnis zu dieser Preissteigerung stehen aber die Preise der Lebensmittel. Diese sind prozentual



viel höher gestiegen als die vom Landwirt auf den Markt gebrachten Rohprodukte. Die Getreidepreise sind seit dem Monat Oktober im Rückgang begriffen, auch die Mehlpreise sind etwas zurückgegangen, aber an einen Prot-Abschlag hat man noch nicht gedacht. Auch die Fleischpreise, wenigstens die Schweinefleischpreise in den großen Städten, stehen in keinem Verhältnis zu dem Preise, den der Produzent für seine Schweine bekommt. (Vgl. Hilbert: Sehr richtig!) Schweinefleisch kostet, wie ich höre, in den großen Städten immer noch 80 Pf. das Pfund, obgleich in manchen Landesteilen der Produzent nur 50, ja nur 48 Pf. bekommt. Heute habe ich gelesen, daß in Mannheim auf dem gestrigen Markte 56 und 57 M. pro Zentner Schlachtgewicht bezahlt wurden; also auch hier ein Aufschlag von 24 Pf. auf das Pfund. Das ist nach meiner Ansicht doch etwas zu viel; ich mißgönnne ja unseren Metzger einen angemessenen Verdienst in keiner Weise, hier wird aber auch nach meiner Ansicht dem konsumierenden Publikum doch unbedingt zu viel abgenommen.

Danken möchte ich der Großh. Regierung dafür, daß sie im vorigen Jahre und vor zwei Jahren den Ansturm auf Öffnung der Landesgrenzen für die Vieheinfuhr nicht stattgegeben hat. Wenn die Grenzen geöffnet worden wären, so hätten wir wahrscheinlich Seuchen aller Art ins Land hereinbekommen, und die Gegner unserer Landwirtschaft, alle diejenigen, die auf freihändlerischem Standpunkt stehen, würden die niedrigen Preise, die wir jetzt haben, darauf zurückzuführen suchen, daß eben vom Auslande mehr Tiere hereinkommen als früher, und daß diese niedrigen Preise nur dem Import aus dem Auslande, nicht aber der Leistungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Produktion zuzuschreiben sind.

Die Zahl der Schweine hat sich nach der Zählung am 2. Dezember 1907 im Lande Baden um rund 7000 Stück gegen das Jahr 1906 vermehrt. Wir hatten nämlich um diese Zeit 557 204 Stück Schweine gegen 550 163 im Jahre vorher. Diese Vermehrung der Zahl entfällt aber ausschließlich auf die Schlachtschweine: 59 006 im Jahre 1907 gegen 48 432 im Jahre 1906; das ist ein Mehr an Schlachtschweinen von 10 574 Stück. Die über ein Jahr alten Zuchtschweine haben aber leider erheblich abgenommen: 40 644 Mutterchweine im Jahre 1907 gegen 47 098 im Jahre 1906, und diese Zahl ist jedenfalls seit Dezember bis heute noch mehr, vielleicht um zwei- bis dreitausend Stück, zurückgegangen. Dieser Rückgang an Zuchttieren ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen: einerseits jedenfalls auf die geringen Preise, die für fette Schweine bezahlt werden, andererseits auf die geringen Ferkelpreise, die wir in den Monaten Oktober und November gehabt haben (es kam damals vor, daß einzelne Ferkel zu 2, 3 und 4 M. das Stück verkauft werden mußten). Die Gefahr liegt aber sehr nahe, daß infolge dieses Rückgangs in der Zahl der Muttertiere wir in aller Bälde wieder einen Mangel an Schweinen im Lande bekommen, und daß dann eben die Preise wieder sehr hoch werden. Wenn im Lande 10 000 Mutterchweine weniger vorhanden sind, so ist aller Wahrscheinlichkeit nach die Folge davon die, daß 100 000 Ferkel weniger zur Welt kommen, daß also künftig im Lande Baden 100 000 Stück Schweine weniger da sein werden, als wir sie dieses Jahr gehabt haben.

Es wird, wie ich schon erwähnt habe, überall über die allgemeine Teuerung, besonders über die Teuerung der Lebensmittel geklagt. Es ist eine Tatsache, ich habe das schon angeführt, daß die landwirtschaftlichen Produkte im Preise in die Höhe gegangen sind. Bei der Kritik hierüber wird aber in den meisten Fällen außer acht gelassen, daß diese Produkte, zum Teil wenigstens, in den sechziger Jahren und anfangs der achtziger Jahre den gleichen Preis hatten wie heute. Ich habe hier eine

Statistik vom Mai 1907; damals waren die Preise für verschiedene landwirtschaftliche Produkte im Vergleich zu den Preisdurchschnitten der zehn Jahre 1889 bis 1899 in folgender Weise gestiegen: Landwirtschaftliche Produkte um 23 Proz., tierische Produkte um 29 Proz., ausländische landwirtschaftliche Produkte verschiedenster Art um 17 Proz., Textilprodukte um 54 Proz., Bergbauprodukte um 60 Proz. Man sieht hier fortgesetzt das gleiche Bild: eine mäßige Steigerung des Preises für Agrarprodukte bei doppelter, ja fast dreifach so großer Steigerung für die Industrieprodukte. Trotzdem füllen sich die Spalten der freihändlerischen Presse immer nur mit den Klagen über die Lebensmittelteuerung, während die Industriepreise als „gute Konjunktur“ bejubelt werden.

Lehrreich ist diese Tabelle auch darin, daß sie zeigt, wie wenig die Steigerung der Preise der ausländischen landwirtschaftlichen Produkte mit dem neuen Zolltarif zu tun hat, denn die Preissteigerung der — durch den deutschen Zolltarif unberührten — ausländischen Produkte hält mit ihren 17 Proz. mit dem Durchschnitt der inländischen Preissteigerung fast vollständig Schritt. Wir haben es eben hier mit einer allgemeinen Weltmarktkonjunktur zu tun, nicht aber mit einer spezifischen Wirkung der in Deutschland eingeführten Zölle. Gegenüber dem Geschrei der freihändlerischen Presse, daß der neue Zolltarif allein an der Teuerung der Lebensmittel schuld sei, schreibt der Sozialdemokrat Max Schippel in einem in den „Sozialistischen Monatsheften“ veröffentlichten Aufsatz „über die deutsche Landwirtschaft unter dem Freihandel und dem Schutz Zoll“ — Herr Schippel wird sicher nicht als Agrarier angesehen werden (Heiterkeit) —, daß in England, dem Lande des Freihandels, der Körnerbau derart zurückgegangen sei, daß er nur noch 10 Proz. der Bevölkerung ernähre gegenüber 58 Proz. vor 40 Jahren. Auch halte die Viehproduktion mit der Bevölkerungszunahme durchaus nicht gleichen Schritt. In Deutschland dagegen habe infolge des Schutzes durch den Getreidezoll die Landwirtschaft in der Stunde der Not am glänzendsten ihre geistige und materielle Spannkraft bewiesen; sie habe die Körnererträge fortgesetzt gesteigert und den Viehstand enorm vermehrt und vervollkommen, so daß die übrigen Agrarstaaten in ihren Ergebnissen weit hinter Deutschland zurückstünden.

Schwer zu leiden hat in der letzten Zeit unsere Landwirtschaft, besonders die landwirtschaftlichen Gewerbe, überhaupt das ganze Volk, durch die große Kohlensteuerung. Es ist schon bei anderer Gelegenheit über diesen Punkt gesprochen worden. Es ist nach meiner Ansicht kein nationaler Standpunkt, den hier die Reichsregierung wie die preussische Regierung einnehmen: auf der einen Seite Mangel an Kohlen im Inlande, auf der andern Seite eine Massenausfuhr nach dem Auslande, begünstigt durch die Ausnahmetarife unserer Staatsbahnen. Es sind in den letzten Jahren jährlich 10 Millionen Tonnen Kohlen mehr nach dem Auslande aus- als eingeführt worden. Es ist dies nach meiner Ansicht eine Verschleuderung unseres Nationalvermögens. Auch sind zur Förderung dieser 10 Millionen Tonnen, die mit Millionen Unterstützung aus der Staatskasse billig nach dem Auslande transportiert worden sind, mindestens 40 000 Arbeiter notwendig gewesen, die auf dem platten Lande besonders schmerzlich entbehrt werden mußten. Es kommt noch hinzu, daß auch unsere Industrie durch die teureren Kohlen, die sie verwenden muß, in ihrem Wettbewerb mit ausländischen Firmen, die diese billigen Kohlen verwenden, schwer geschädigt wird.

Die schwierigste Frage unserer Landwirtschaft in der Jetztzeit ist die Arbeiterfrage, die Leutenot, eines- teils hervorgerufen durch die Vorliebe eines großen Teils unserer Arbeiter für die Arbeit in den Fabriken, weil



dort die Arbeit eine gleichartige und in den meisten Fällen eine leichtere ist als in der Landwirtschaft; andererseits aber durch die Entvölkerung des platten Landes, durch die Landflucht, das schwerste Uebel, an dem die Kulturvölker der Neuzeit leiden, da sie die Quelle ihrer Volkskraft, den Jungbrunnen, verschüttet, aus dem sie immer schöpfen müssen, um neue Kraft zu erhalten. Anstelle unserer heimischen Arbeiter sind mehr und mehr Wanderarbeiter, insbesondere auch ausländische Arbeiter getreten. Dieselben passen sich aber nicht unseren Verhältnissen an, sie verwachsen nicht mit der Scholle, sie gehen im Spätjahr mit ihrem Verdienst wieder nach Hause. Aber auch bei diesen letztgenannten Arbeitern ist bereits ein Rückgang zu verzeichnen; die Kontraktbrüche werden von Tag zu Tag häufiger.

Während aber auf dem platten Lande, während in der Landwirtschaft ein großer Mangel an Arbeitskräften vorhanden ist, sehen wir, wie jetzt in den großen Städten, besonders in den größten Städten, Tausende und Aber-tausende von Leuten brotlos, arbeitslos sind. Ich habe dieser Tage gelesen, daß in Berlin allein 55 000 Arbeitslose vorhanden sein sollen. Ich habe die Gründe dafür schon angegeben. Ich könnte vielleicht noch hinzufügen, daß ein Grund der ist, daß durch die allgemeine Wehrpflicht die jungen Leute eben in großer Masse vom Lande in die Stadt kommen, daß der Soldat das Leben in der Stadt lieb gewinnt und dann, wenn seine Militärzeit vorüber ist, nicht mehr zu den Seinen zurückkehrt, sondern in der Stadt bleibt und oft auch noch die Seinen veranlaßt, zu ihm in die Stadt zu ziehen. Es geht ihm vielleicht dort auch eine Zeit lang gut. Wenn aber Krisen kommen, wie wir sie vor Jahren gehabt haben und wie wir sie scheinbar (leider!), jetzt wieder bekommen, dann geht es mit ihm oft wieder bergab, und er wäre vielleicht froh, wenn er noch auf der heimischen Scholle wäre, die er seiner Zeit fast mutwillig verlassen hat.

Ich habe auf dem letzten Landtage die Großh. Regierung gebeten, Schritte zu tun zum Schutze unserer Singvögel, die von größtem Nutzen sind, besonders für unseren Obstbau. Ich möchte heute die Bitte von damals wiederholen. Der Reichstag hat sich ja jetzt mit einem derartigen Gesetz zu beschäftigen. Ich will hoffen, daß ein Gesetz zustande kommt, durch das die einheimischen Singvögel genügend geschützt werden. Ich hoffe auch, daß es der Reichsregierung gelingen möge, mit den Mittelmeerstaaten, besonders mit Italien, eine Vereinbarung dahin zu treffen, daß dort der Vogelfang, diese Massentötung, nach und nach aufhört. Gegen das Einfangen und Feilbieten von Singvögeln, gegen das Ausheben von Vogelnestern muß energisch eingeschritten werden. Nur ein ganz kleiner Prozentsatz dieser Tiere kommt jetzt mit dem Leben davon; ich glaube 90 Proz. derselben gehen verloren. Ich habe vor zwei Jahren darauf hingewiesen, daß an Rainen, an Bächen, an Straßen immer mehr die Gebüsche und Hecken ausgerottet werden, und habe den Wunsch ausgesprochen, die Eisenbahnverwaltung möge längs der Bahnkörper mehr kurzgehaltene Sträucher anpflanzen wie Weißdornhecken oder Fichten. Diese würden gute Plätze zum Nisten abgeben; auch wären sie ein Schlupfwinkel für die kleinen Vögel, wenn sie von Raubvögeln verfolgt werden. Man sieht da und dort längs der Bahnkörper im Winter große Leinwandtücher gezogen, um den Schnee abzuhalten. Ich glaube, daß, wenn die Eisenbahnverwaltung hier diese natürlichen Hecken anpflanzen würde, das viel billiger und ebenso gut wäre.

Auf einen anderen Wunsch, den ich damals geäußert habe, möchte ich auch noch einmal zurückkommen, weil ich gefunden habe, daß man bis jetzt demselben nicht entgegengekommen ist. Er betrifft das Reinigen der Obstbäume von Misteln. Die Großh. Bezirks-

ämter lassen zwar in jedem Jahre durch die Gemeindebehörden die Baumbesitzer auffordern, die Bäume von den Misteln, von diesem lästigen Unkraut, zu reinigen. Ich habe aber schon oft gesehen, daß man dieser Anordnung nicht überall Folge leistet. Die Forstverwaltungen sollten auf diesem Gebiete den Landwirten helfend zur Seite stehen. Was nützt es, wenn in der Nähe der Waldungen die Obstbäume alle gesäubert sind, während an der Waldflanke dicht dabei sich Eichen oder Linden dicht besät mit diesen Misteln finden?

Was die Bienenzucht anbelangt, so hat bereits darüber gestern der Herr Kollege von Gleichenstein Ausführungen gemacht. Ich kann mich daher kurz fassen. Es ist erfreulich, daß der Mobilbau, die Dzierzonstöcke im Lande zunehmen, daß überhaupt die Bienenzucht nach jeder Richtung hin gepflegt wird. Sie ist sehr wichtig im Interesse des Gedeihens unserer Obstkulturen. Auch werden jährlich 1,5 Millionen Mark aus Honig eingenommen. Wir haben ungefähr 110 000 Stöcke im Lande. Der Herr Geh. Oberregierungsrat Nebe hat im letzten Landtag ausgeführt, daß für Bienenzucht jährlich 1200 M. ausgegeben werden. Nun habe ich aus dem Bericht des Herrn Kollegen Schiller entnommen, daß in der Budgetperiode 1906/07 3550 M. dem Landesbienenzuchtverein überwiesen worden sind. Es ist das gegen früher ein Mehr von ungefähr 1000 M. Man muß also dankbar anerkennen, daß die Großh. Regierung den Wünschen, die auf dem letzten Landtag in dieser Richtung ausgesprochen worden sind, Folge gegeben hat. Ich will mich aber über diesen Punkt nicht näher verbreiten, jedenfalls wird mein Freund Zeiser, der ja im Vorstand des Landesbienenzuchtvereins ist, noch näher hierauf eingehen.

Was die Geflügelzucht angeht, so schreitet dieselbe rüstig weiter; immer mehr schließen sich die Züchter zu Genossenschaften und die Genossenschaften zu Verbänden zusammen. Der Landwirtschaftliche Verein hat sich um die Geflügelzucht und die Geflügelzuchtstationen große Verdienste erworben. Wir haben, wie aus dem Bericht hervorgeht, jetzt 155 Geflügelzuchtstationen gegenüber 126 solcher Stationen vor zwei Jahren. Erfreulich ist auch, daß die Genossenschaften und Geflügelzuchtvereine und auch die Privaten immer mehr und mehr von der Züchtung von Sportgeflügel abkommen und sich immer mehr und mehr der Züchtung von Nuttgeflügel zuwenden. Es ist besonders das rebhuhnfarbige Huhn, auf das auch im Bericht hingewiesen ist, das jetzt in Massen verbreitet wird und als bestes Legehuhn gilt, das wir im Lande haben. Ich kann nur wünschen, daß man sich mehr und mehr von der Zucht des Sportgeflügels abwenden und der des Nuttgeflügels zuwenden möge. Es gehen jährlich Millionen ins Ausland, die wir im Lande behalten könnten, wenn auf diesem Gebiet etwas mehr von Seiten unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung getan würde.

Ich habe auf dem letzten Landtag den Wunsch ausgesprochen, man möge die Mustergeflügelzuchtanstalt, für die in jenem Budget eine Summe von 10 000 M. angefordert war, nicht auf der Hochburg sondern an einem Orte in der Mitte des Landes errichten, und zwar an einem Orte, der zugleich Bahnstation ist. Wie ich aus dem Bericht ersehen habe, steht die Budgetkommission heute auf dem gleichen Standpunkt. Ich habe damals die Gründe, die mich zu dieser Ansicht gebracht haben, angeführt, ich will daher heute nicht darauf zurückkommen. Man sollte meines Erachtens an Stelle dieser Mustergeflügelzuchtanstalt auf der Hochburg dort einen modern eingerichteten Bienenstand errichten, damit die Kurse nicht mehr draußen in dem Orte Theningen abgehalten werden müssen, sondern auf der Hochburg selbst. Ich habe dem Bericht entnommen, daß man noch nicht schlüssig geworden ist, wo man die



Anstalt errichten will. Ich wiederhole daher den Wunsch, man möge sie womöglich in der Mitte des Landes errichten, an einem Platz, der leicht zugänglich ist. Ich glaube übrigens nicht, daß, wie im Bericht angegeben ist, 10 Morgen Gelände hierzu notwendig sind.

Was unsere Landwirtschaftslehrer anbelangt, so habe ich mich bekanntlich auf dem letzten Landtag gegen einen Erlaß ausgesprochen, der damals an die Landwirtschaftsinspektoren hinausgegangen war. Ich freue mich, daß die Großh. Regierung meinem Wunsche stattgegeben und diesen Erlaß, wenn auch nicht zurückgenommen, so doch außer Kraft gesetzt hat. Wir brauchen an manchen Schulen in Baden unter allen Umständen einen zweiten Lehrer, wenn die Landwirtschaft in der Nähe der Schulen nicht leiden soll. Es wird das immer der Fall sein, wenn kleine Schullokale vorhanden sind, so daß man nicht 50 oder mehr Schüler in einem Lokal zusammenlegen kann. Wir hatten damals in Ladenburg in einem Jahre 5 Schüler wegschicken müssen, da wir nur einen Lehrer hatten. Das hat sehr erbitternd gewirkt in den Kreisen der Leute, die nicht berücksichtigt wurden. Ich will mich nicht weiter darüber verbreiten, will aber doch bemerken, daß es eben sehr schwer war, zweite Lehrer zu erhalten. Früher war es leichter. Die Inspektoren haben einfach an die Akademien geschrieben (sehr oft z. B. nach Hohenheim) und dann den Bedarf zugewiesen bekommen. Daß es nun schwieriger ist, kommt daher, daß in Württemberg, Bayern und auch in Hessen ein großer Teil wenigstens derjenigen, die ein gutes Examen gemacht haben, als zweite Lehrer etatmäßig angestellt werden. Sie bleiben daher viel lieber dort, als daß sie zu uns gehen, ein halbes Jahr bei uns beschäftigt werden und dann wieder hinaus müssen, um sich eine andere Stelle für den Sommer zu suchen. Ich möchte der Großh. Regierung zur Erwägung anheimgen, ob nicht auch wir nach und nach auf den Standpunkt kommen sollten, auf dem jene Nachbarländer stehen, und wenigstens einen Teil der zweiten Lehrer an den Anstalten, wo sie nötig sind, etatmäßig anstellen.

Bezüglich der Prämierung des Tabakbaues stehe ich ganz auf dem Standpunkt der Budgetkommission. Der Tabakbau ist für unsere badische Landwirtschaft, wenigstens für einen Teil des Landes, von größter Wichtigkeit. Ich will auf den Tabakzoll und die Tabaksteuerfrage nicht eingehen, ich habe das wiederholt in früheren Jahren getan. Ich meine nur, es könnte durch solche Prämierung nach und nach erreicht werden, daß man von der Massenproduktion abkommt und mehr zum Qualitätsbau übergeht. Daß man bis jetzt trotz aller Warnungen und Belehrungen noch nicht dahin gekommen ist, das ist hauptsächlich die Schuld der Tabakhändler, nicht der Tabakbauern. Die Händler kaufen jetzt den Tabak vom Dache, ohne ihn gesehen, ohne ein Blatt in der Hand gehabt zu haben. Es wird jetzt in einem Orte im Preis nur ein Unterschied von 1—2 M. pro Zentner gemacht, während, wenn man die Sache genau befehen würde, ein Unterschied von 5—6 M. gemacht werden könnte. Man sollte also mehr und mehr darauf dringen, daß der Tabakhandel, der nur in wenigen Händen ist (die kleinen Händler sind ja fast ausgeschaltet), nur Tabak kauft, wenn er abgehängt, wenn er gebunden ist, wenn man genau sehen kann, von welcher Qualität das Produkt ist.

Ich komme nun zur Förderung der Pferdezücht. Ueber die Förderung der Pferdezücht hat der Herr Bericht-erfasser eine Reihe von Zahlen in seinem Bericht aufgeführt. Es geht aus diesen Zahlen hervor, daß die Großh. Regierung diesem wichtigen Zweig unserer Landwirtschaft das regste Interesse entgegenbringt. Wir sehen auch, daß sich die Pferdezücht im Lande stetig hebt, daß die Zahl

der Pferde von Jahr zu Jahr wächst. Nun hat man, wie Sie alle wissen, im Hause hier schon wiederholt Debatten gepflogen, ob man sich mehr der Halbblutzücht oder der Kaltblutzücht zuwenden soll. Ich möchte aber die Großh. Regierung bitten, auf diesem Gebiete es bei dem bisherigen Standpunkt zu belassen und es den einzelnen Zuchtgebieten in der Hauptsache zu überlassen, ob sie sich der Kaltblutzücht oder der Halbblutzücht zuwenden wollen. Selbstverständlich aber muß die Großh. Regierung immer mitreden dürfen.

Wie steht es nun eigentlich mit der Pferdezücht im Lande? Bis zum Jahre 1872, wo bekanntlich das Landesgestüt aufgehoben wurde, hatten wir eine Halbblutzücht und eine Vollblutzücht im Lande, die besonders in den fünfziger oder sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in ziemlicher Blüte stand. Sie lieferten die Remonten für unsere badische Militärverwaltung, sie konnten sogar einen großen Teil des überschüssigen Materials an die bayerische Militärverwaltung abgeben. Aber trotz der im allgemeinen einheitlichen Zuchttrichtung hatten sich doch im Lande nach und nach drei Pferdeschläge herausgebildet, es bewahrheitete sich eben hier wie auch sonst der alte Spruch: Das Tier ist das Produkt der Scholle, auf der es geboren und erzogen wird. So wurde auf dem leichten Boden der Har dt ein edles leichtes Pferd gezüchtet, das hauptsächlich als gutes Reitpferd bekannt war; ein etwas schwereres Pferd, weniger edel, aber immer noch mit schönen Formen hat man in der Pfalz gezüchtet, und im Oberland war das Baarpferd sehr beliebt. Dies war namentlich in der Schweiz sehr gesucht, wozu ein großer Absatz stattfand. Zur Zeit des Landesgestütes waren jährlich durchschnittlich 100 Hengste im Lande aufgestellt, denen 3000 bis 5000 Stuten zugeführt wurden. Die Abstammung dieser Hengste war sehr verschieden, es waren englische Vollblüter, arabische Vollblüter, es waren Halbblüter aus Württemberg, aus Hannover, Oldenburg und anderen Staaten, und es herrschten in den fünfziger Jahren mehr leichte und in den sechziger Jahren mehr schwerere Pferde vor. Zur Verbesserung des Stutenmaterials wurden auch damals schon im Anfang der sechziger Jahre wiederholt Halbblutstuten aus Norddeutschland, ja sogar einmal aus England nach Baden eingeführt und an die Züchter zu ermäßigten Preisen abgegeben. Die Entwicklung dieser Voll- und Halbblutzücht hat aber einen schweren Schlag durch die Zwangsremontierungen der Jahre 1859, 1866 und 1870 erlitten. Durch diese Zwangsremontierungen sind den badischen Züchtern 8—9000 gute Pferde entzogen worden, darunter selbstverständlich eine große Anzahl guter Zuchtstuten.

Am 13. November 1872 wurde durch eine landesherrliche Verordnung das Landesgestüt aufgehoben, nachdem im Frühjahr desselben Jahres von der Volksvertretung die Mittel zur Unterhaltung des Gestütes durch die beiden Kammern abgelehnt worden waren. Die Folgen der Aufhebung des Landesgestütes traten sofort in die Erscheinung und zwar dadurch, daß eben jetzt viel weniger Mittel zur Förderung der Pferdezücht notwendig waren. Im Jahre 1872, dem letzten Jahre des Bestehens des Landesgestütes, wurden 91 010 Gulden (das sind 156 227 Mark) ausgegeben, und im Jahre nach der Aufhebung des Gestütes war nur noch eine Summe von 80 835 M. notwendig, also kaum die Hälfte. An Stelle des Landesgestütes trat nun die staatlich subventionierte Privathengsthaltung; neben den staatlich subventionierten Hengsten deckte aber — wir hatten damals noch kein Fördergesetz — eine ganze Reihe von Hengsten, die im Besitze von Landwirten waren. Diese letzteren waren manchmal von sehr zweifelhafter Beschaffenheit, wie die im Jahre 1877 vorgenommene Befichtigung dartat. Von 81 damals ermittelten Hengsten konnten nur 28 als vollkommen zuchttauglich gelten, die



übrigen 53 wurden wegen größerer Fehler, auch wegen Erbfehler der bedenklichsten Art abgesprochen. Mithin waren damals von dem im Lande verwandten Hengstmaterial 65 Proz. der Privathengste und 30 bis 40 Proz. aller im Lande befindlichen Hengste mittelmäßig oder schlecht. Dieser Zustand wirkte selbstverständlich sehr ungünstig auf die Pferdezücht ein, und eine Besserung trat erst ein, nachdem im Jahre 1880 die Einführung des Rörgegesetzes erfolgt war, wonach Privathengste zur Deckung der Stuten, die nicht dem Eigentümer des Hengstes gehören, nur verwendet werden dürfen, wenn ihre Zuchttauglichkeit festgestellt und ihre Verwendung amtlich genehmigt worden ist.

Ich habe vorhin dargetan, daß durch die verschiedenen Zwangsremontierungen die Halblutzücht schwer geschädigt wurde, und infolge hiervon sehr zurückging. Dieser Rückgang ist aber noch beschleunigt worden dadurch, daß infolge der Anlegung von Eisenbahnen das Post- und Frachtpferd vielfach verdrängt wurde, und daß auch nach Reitpferden eine weit geringere Nachfrage stattfand, als das früher der Fall war, um so mehr, als nach dem Kriege von 1870/71 ein großer, ja der größte Teil des Bedarfes an Militärpferden für das badiische Militär aus Norddeutschland bezogen wurde.

Da infolgedessen kaum noch Absatz für leichte, edle Pferde war, und die Nachfrage nach schweren Pferden besonders durch die Entwicklung unserer Industrie immer größer wurde, auch solche für die landwirtschaftlichen modernen Verhältnisse geeigneter erschienen, so trat bei den Pferdebesitzern mehr und mehr das Bestreben hervor, schwere Pferde an Stelle der leichten zu züchten. Die Züchter des Unterlandes führten belgische Hengste ein, sie wandten sich der belgischen, der Kaltblutzücht zu, die Züchter der Rheinebene und des Oberlandes stellten an Stelle der leichten Anglo-Normänner mehr Oldenburger und Hannoverische Hengste ein. Die Halblutzücht hat sich seit dieser Zeit die größte Mühe gegeben, um wieder auf die Höhe zu kommen, aber diese Bemühungen sind nicht gelungen. Dagegen ist die Kaltblutzücht mächtig vorwärts geschritten. Die Einfuhr erstklassigen Hengst- und Stutenmaterials ist aber bei beiden Zuchtrichtungen unbedingt noch nötig, weil sowohl die Kaltblutzücht als auch in erhöhtem Maße die Halblutzücht nur mit Erfolg betrieben werden kann, wenn die Züchter ein gutes, erstklassiges Zuchtmaterial verwenden können. Eine Pferdezücht mit schlechtem Zuchtmaterial ist unter allen Umständen zu verwerfen. Im Oberland haben sich die Halblutzüchter zu einem Verband zusammengeschlossen, und im Unterland haben sich die Züchter ebenfalls zu Genossenschaften und diese wieder zum „Unterbadischen Zuchtverband“ zusammengeschlossen. Diesem Verbands gehören jetzt 15 Genossenschaften an mit über 1000 Mitgliedern und über 1100 ins Stutenbuch eingetragenen Tieren. An der Spitze des Unterbadischen Zuchtverbandes steht der um die Förderung der Kaltblutzücht sehr verdiente Prinz Alfred zu Löwenstein. Er hat seit Bestehen des Verbands an der Spitze desselben gestanden und denselben mit unablässiger Sorge, großer Freigebigkeit und praktischem Blick geleitet und gefördert. Es wurde eine Masse junger belgischer Zuchtstuten ins Land eingeführt, im Jahre 1896 allein 162 Stück. Seitdem ist diese Einfuhr trotz der Erhöhung der staatlichen Subvention wesentlich zurückgegangen, so daß in den letzten Jahren durchschnittlich nur 10 bis 20 Stück eingeführt werden konnten. Dieser Rückgang ist jedenfalls dem Umstand zu verdanken, daß schon eine große Anzahl guter, selbstgezüchteter Zuchtstuten im Lande vorhanden ist und der Preis für die eingeführten eben sehr in die Höhe gegangen ist.

Nun hat man in den letzten Jahren diese Stutfohlen nicht mehr in Belgien sondern im Rheinland ge-

kauft. Man glaubte, im Rheinland billiger zu kaufen als in Belgien. Ich finde, daß diese im Rheinland gekauften Tiere gerade so teuer sind wie die direkt aus Belgien kommenden, daß sie aber diesen gegenüber den großen Fehler haben, in den Körperformen nicht so gleichartig zu sein wie diese. Nach meiner Ansicht ist das rheinische Tier noch nicht so rein durchgezüchtet wie das belgische. Man sollte diese Fohlen wieder wie früher in Belgien kaufen, aber dabei wieder zu dem Modus zurückkehren, den man früher eingehalten hat, nämlich nicht im Hausierwege zu kaufen, sondern sich von einem großen Händler (die großen Züchter sind ja alle Händler, im Rheinland so gut wie in Belgien) eine Anzahl zusammenstellen zu lassen und dann die Tiere auszuwählen, die man braucht. Man würde dadurch viel Zeit ersparen, würde billiger kaufen als auf die gegenwärtige Art.

Der Herr Berichterstatter hat gestern in seinem Vortrag auf die große Nachfrage nach guten Pferden und auf den Mangel an solchen im Lande hingewiesen. Der Aufschwung des deutschen Wirtschaftslebens bedingt einen ungeheuren Mehrbedarf besonders an schweren Pferden, und es ist eine große Aufgabe für die Landwirte, den jeweiligen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Es gehen immer noch viele Millionen Mark ins Ausland, die dem Inland erspart bleiben könnten, wenn besonders unsere größeren Besitzer und größeren Pächter sich der Pferdezücht oder doch wenigstens der Pferdeaufzucht annehmen würden. Im Rheinland, in Belgien, auch in Oldenburg sind die kleineren Landwirte die eigentlichen Züchter, es gehen aber die Fohlen, nachdem sie abgefaugt haben, an die größeren Besitzer über, weil diese mehr Weide, mehr Futter, bessere Stallungen haben, weil sie also Gelegenheit haben, bessere Tiere zu produzieren als die kleineren Besitzer. Wenn das bei uns geschehen würde, so würde jedenfalls die Zucht in Baden wesentlich weiter kommen, als sie heute da steht.

Große Verdienste hat sich die Großh. Regierung um die Hebung der Pferdezücht erworben durch die Unterstützung der Fohlenweiden, die in den letzten Jahren in verschiedenen Landesteilen angelegt worden sind. Ich will heute nicht näher darauf eingehen, ich habe das in früheren Landtagen getan. Auch die Hufbeschlagsschulen haben Dank der reichen Unterstützung von Seiten der Großh. Regierung sehr segensreich gewirkt. Ueber die Rindviehzucht will ich mich nicht verbreiten. Es ist dies ein Kapitel, das jedenfalls von Herren aus dem Hause behandelt werden wird, deren Wahlkreise in den verschiedenen Zuchtbezirken liegen.

Und nun noch einige Worte über die Ziegenzücht. Die Ausbreitung der Ziege geht Hand in Hand mit der sich immer mehr ausdehnenden Verbreitung unserer Eisenbahnen. Die Eisenbahn erschließt neue Industriegebiete, die Arbeiteransiedelungen folgen nach, und da die Ziege an Ruhmilch in sehr vielen Fällen nicht immer in der erforderlichen Menge möglich ist, tritt die Ziege als anspruchslose, leicht zu züchtende, ergiebige Milchlieferantin auf; so ist sie auch am stärksten in den industriereichen Bezirken vertreten. Von der gewaltigen Zunahme der Ziegenzücht kann man sich überzeugen, wenn man die Statistik zur Hand nimmt. Ich will Ihnen nur vier Zahlen zum Beweise meiner Behauptung anführen. Im Jahre 1870 hatten wir im Lande 60 471 Ziegen, im Jahre 1903 110 811, im Jahre 1906 116 870, im 1907 119 803. Also in 37 Jahren eine Vermehrung um 100 Proz.! Ueber den großen Nutzen der Ziegenzücht für die Volksernährung, besonders für die Kinderernährung, habe ich auf dem letzten Landtag Ausführungen gemacht; ich will das damals Gesagte nicht wiederholen. In der letzten Budgetperiode wurden 3440 Mk. zur Förderung der Ziegenzücht ausgegeben. Ich möchte die Großh. Regierung bitten, wenn von den



Ziegenzucht-Bereinen weitere Anforderungen gestellt werden sollten, etwas höhere Summen denselben zur Verfügung zu stellen.

Was den Antrag Neuwirth, den ich mitunterzeichnet habe, anbelangt, so stehe ich vollständig auf dem Standpunkt der Ausführungen des Abg. Neuwirth. Die Antwort, die der Herr Ministerpräsident auf den Antrag gegeben hat, hat mich vollständig befriedigt. Ich habe aus derselben entnommen, daß die Großh. Regierung auch hier nach Kräften bestrebt ist, die verschiedenen Beschwerden unserer Landwirte, die alljährlich durch die Manöver und Einquartierungen und die dadurch entstehenden Schäden hervorgerufen werden, aus der Welt zu schaffen.

Ich komme zum Schluß und sage: Es ist erfreulich, daß das landwirtschaftliche Budget trotz der sogenannten gespannten Finanzlage so reichlich, ja reichlicher ausgestattet ist als das letzte Mal. Ein Beweis, daß die Großh. Regierung bzw. der neue Herr Ministerpräsident des Innern gewillt ist, in den alten bewährten Bahnen weiter zu schreiten. Von der badijschen Landwirtschaft wird dies freudig begrüßt werden, und es wird ein neuer Ansporn für sie sein, auf allen Gebieten vorwärts zu schreiten, um dem Standpunkt: „Selbst ist der Mann!“, dem Standpunkt, daß in der Selbsthilfe die sicherste Garantie für eine glückliche Zukunft gegeben ist, immer näher zu kommen! (Beifall bei den National-liberalen.)

Referent für Pferdezüchtangelegenheiten Graf v. Bis-  
mark: Es ist von mehreren Seiten dieses Hauses die P f e r d e z u c h t in den Kreis der Erörterungen gezogen worden, und ich fühle mich zunächst im Namen unserer Pferdezüchter veranlaßt, den Dank dafür auszusprechen. Ganz besonders ist von zwei Seiten der scharfe Abjaß hervorgehoben worden, den die Kaltblutzüchter für ihre Produkte in neuester Zeit finden, und gerade die Anerkennung, die hier dem Fleiß und der Intelligenz der Züchter durch Hervorhebung dieses Umstandes gezollt worden ist, wird nicht verfehlen, in den Kreisen der Züchter neuen Mut erziehen zu lassen und die Züchter zu neuen Anstrengungen zu bewegen.

Die gestern berührte Frage unserer Hengsthaltung ist eine der allereinstimmendsten Fragen für jegliche Pferdezücht, und wenn auch die spätere Entwicklung zunächst nicht wohl abzusehen ist und besonders im Hinblick auf unsere Finanzlage ein Sprung ins Dunkle nicht gut unternommen werden kann (und als ein solcher muß wohl jede Maßregel bezeichnet werden, die mit einem bisher gehandhabten System bricht und in ein neues System überleitet), so möchte ich mir trotzdem gestatten, wenigstens in Kürze unser heutiges System zu schildern und einen Ausblick vielleicht in eine Zukunft zu eröffnen, die je nach Ihren Wünschen vielleicht in die Wirklichkeit überführt werden könnte.

Die Hengsthaltungssysteme der europäischen Kulturstaaten teilen sich in zwei große Gruppen. Das eine System ist das der privaten Hengsthaltung, das andere ist das der staatlichen Hengsthaltung. Beide Gruppen sind ja nirgends ganz rein vertreten. Auch dort, wo Privathengsthaltung stattfindet, tritt der Staat durch Prämien und durch Subvention ein und sichert sich einen Einfluß auf die Hengsthaltung. Und dort, wo staatliche Hengsthaltung vorherrscht, ist gleichwohl noch ein Raum für private Initiative auch auf diesem Gebiete offen gelassen worden.

Die private Hengsthaltung findet sich ausschließlich nur in denjenigen Staaten, deren Pferdezücht bereits eine hohe Entwicklung erreicht hat. Wir haben nämlich die private Hengsthaltung ganz rein nur in England, wir haben sie sehr wenig beschränkt in den

Niederlanden, in Belgien und in Oldenburg. Außerdem haben wir noch private Hengsthaltung in denjenigen Staaten, wo in der Zucht alles hoffnungslos ist, in Portugal z. B., in Griechenland, kurzem in Staaten, deren Regierung offenbar einsieht, daß ihr so viele wichtigere Aufgaben erwachsen, daß sie ihre besondere Aufmerksamkeit der Pferdezücht nicht mehr widmen kann.

Nur staatliche Fürsorge kann vorherrschen in denjenigen Ländern, wo die Pferdezücht nicht auf einer hohen Stufe steht, wo nicht ein großer Teil der Landwirte ausschließlich sich der Pferdezücht widmet, und deshalb auch die Befähigung der züchterischen Kreise nicht so weit reicht, um jeglicher Verrückung entbehren zu können. Ferner ist dies auch noch der Fall in denjenigen Ländern, in denen der Staat noch einen ganz besonderen Neben-zweck bei der Pferdezücht verfolgt, insbesondere den der Kräftigung der Wehrkraft durch Hebung der Zucht des für die Armee notwendigen Pferdmaterials. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend ist in verschiedenen Landschaften Preußens die staatliche Hengsthaltung weit-aus vorherrschend; so ist es in Oesterreich, so ist es in Rußland, in Frankreich, in Italien und auch in Bayern und Württemberg, in Hessen, auch in Elsaß-Lothringen, während bei uns in Baden das System der privaten Hengsthaltung seit dem vom Herrn Vorredner erwähnten Zeitpunkte eingeführt worden ist.

Wenn man unbefangenen die Sachlage besieht, muß man sagen, daß bei uns weder die Pferdezücht auf einer so hohen Blüte stand, daß sie jeder Leitung entbehren konnte, noch daß sie eine hoffnungslose war, daß wir also eigentlich, streng genommen und theoretisch betrachtet, in die Kategorie derjenigen Staaten gehören, in denen eine staatliche besonders ausgesprochene Fürsorge für die Pferdezücht Platz zu greifen hätte, wo nämlich, mit anderen Worten, der Staat die Hengsthaltung übernimmt. Ich habe versucht, aus den Akten festzustellen, auf Grund welcher Erwägungen an dem vom Herrn Vorredner bezeichneten Zeitpunkte die Aufhebung des Landesgestütes stattgefunden hat, und ich habe eigentlich nur finden können, daß sich durch die Verhandlungen wie ein roter Faden der Gedanke hinzieht, daß es mit der Pferdezücht bei uns doch zu Ende sei. Es war damals die Zeit, wo die letzten Halbblutstutenstämme durch die verschiedenen Mobilmachungen vollständig aufgebraucht waren, und wo man nicht mehr die Hoffnung hegte, neue an deren Stelle setzen zu können. Der Gedanke an die Kaltblutzucht lag damals fern. Man kannte in Deutschland die Kaltblutzucht im allgemeinen noch nicht, selbst im Rheinlande kam es nur vereinzelt vor, daß private Pferdezüchter dazu übergingen, die in Belgien blühende Kaltblutzucht einzuführen. Man hatte offenbar den Grundgedanken gehabt: Es nützt doch nichts mehr, wir wollen die verfügbaren Mittel auf anderem Gebiete nutzbringender anwenden. Man hatte deshalb den Ersparnisgedanken in erster Linie gerückt, und es sind ja auch, wie der Herr Vorredner erwähnt hat, wesentliche Ersparnisse gemacht worden, wenn auch nur auf außerordentlich kurze Zeit.

Jetzt ist, um den dringendsten Bedürfnissen abzuhelfen, das Budget auf 150 000 M. angewachsen, also nur um 6000 M. geringer, als zu der Zeit, in der das Landesgestüt entstand. Es zeigte sich denn auch gleich nach Aufhebung des Landesgestütes, daß eine freie Konkurrenz in wirklich nur privater Hengsthaltung bei uns nicht durchführbar war. Es ist fernerhin auch in dem vom Herrn Vorredner gegebenen, sehr interessanten, historischen Rückblick erwähnt worden, daß eine Menge vollständig unbrauchbarer Hengste im Lande aufstauten und der Pferdezücht schweren Schaden zufügten. Das war auch



gar nicht anders möglich; denn die Hengste auszuwählen, dazu gehört ein ganz eingehendes Studium, es gehört dazu eine, ich möchte sagen, ausschließliche Beschäftigung mit dieser Materie. Wenn Sie in den Ländern nachforschen, in denen die Pferdezeit in hoher Blüte steht, wie in Belgien und auch in Oldenburg, so finden Sie, daß dort Sachen vorkommen, die bei uns undenkbar wären. Ich weiß z. B. einen speziellen Fall in Oldenburg, wo ein Züchter einen nur wenige Kilometer von seinem Hofe stehenden, sehr guten Hengst nicht benützte, sondern seine Stute stundenlang auf der Eisenbahn reisen ließ, um sie einem Hengste zuzuführen, der ihm nicht im Aeußeren sondern in der Blutstimmung besser paßte, und glaubte, dadurch die Zufälligkeiten, die jede Tierzucht und besonders die Pferdezeit beeinflussen, möglichst auszuschalten. Diesen Standpunkt kann derjenige Landwirt, der seine eigene Arbeitskraft vor allem in den Dienst seiner übrigen landwirtschaftlichen Beschäftigung zu stellen hat, nur schwer erreichen. Es ist ihm nicht gut möglich, den Ueberblick zu gewinnen, und jene Kenntnisse sich anzueignen, die notwendig sind, um darüber ein endgültiges Urtheil zu fällen.

Es ist ja mit der Tierzucht ein eigenes Ding! Eine altbekannte Tatsache, die bei jeder Tierzucht uns sofort als eine merkwürdige Erscheinung ins Auge fällt, ist die, daß die beste Art von Tieren immer in einem relativ begrenzten Gebiete gezüchtet wird; ich erinnere an die verschiedenen Täler in der Schweiz, an die verschiedenen Rindviehrazen; ganz dasselbe haben wir bei Schweinen, bei Ziegen festzustellen, und nicht weniger trifft das auch auf die Pferde zu. Der Pferdezeit aber ist es vorbehalten geblieben, den Grund für diese Erscheinung auf zahlenmäßigem Wege festzustellen, und zwar dadurch, daß für keine Tierzucht ein soweit zurückreichender Abstammungsnachweis erhältlich ist, wie gerade bei Pferden. Aus der Betrachtung der Pferdezeitstämme erhellt, daß diese enge Begrenzung ihre ganz naturgemäße Ursache hat. Eine gedeihliche Tierzucht, eine Konsolidierung von Rasseeigentümlichkeiten nämlich ist nur zu gewinnen, durch einen ziemlich engen Grad von Inzucht. Das ist auch sehr leicht begreiflich, denn wenn Sie zum Beispiel einen Hengst finden, der diejenigen Eigenschaften, die Sie in Ihrer Landespferdezeit einführen wollen, im höchsten Maße besitzt, an Stärke, an Form, an Temperament, und wenn Sie diesen Hengst mit einer Stute paaren, die ihm im Blute vollständig fern steht, die seine Eigenschaften nicht besitzt, so wird das Produkt natürlich nicht mehr die Vererbungs-fähigkeit haben wie der ursprüngliche Hengst: es hat nur die Hälfte des Blutes dieses ursprünglichen Hengstes, und diese Verwässerung, möchte ich sagen, geht weiter von Generation zu Generation, bis schließlich die Vererbungs-kraft des Hengstes nachläßt und diese Hengstfamilie, wie wir es häufig erleben, rasch ausstirbt. Anders ist es, wenn es gelingt, die Blutströme, die diejenigen Eigenschaften repräsentieren, die Sie haben wollen, sagen wir bei einem Rindvieh Milchergiebigkeit oder Stärke oder Raschwüchsigkeit oder frühe Reife, zusammenzubringen. Dadurch werden Sie diese Eigenschaften stärken und konsolidieren. Dann erst hat man ein Recht, darauf zu hoffen, daß diese Eigenschaften auch in der Vererbung deutlich in die Erscheinung treten und daß dadurch auch die erstrebte Verbesserung in der Zucht eintritt.

Diese Gesichtspunkte nun festzustellen, ist natürlich sehr schwierig, und es ist nicht gut möglich, ohne fachmännische, eingehende Beschäftigung mit dieser Materie die richtige Auswahl unter dem Zuchtmaterial zu treffen. Ein sehr deutliches Beispiel ist uns in der neuen Welt an den amerikanischen Trabern geliefert worden, deren Abstammungsnachweis in der fünften oder sechsten Generation immer auf denselben Hengst zurückführt, näm-

lich, daß das Blut dieses selben Hengstes von allen Seiten den Tieren zugeführt wird und deshalb dieser außerordentliche Fortschritt in dem von den Amerikanern beobachteten schnellen Trabe erreicht worden ist. Dasselbe findet auch bei allen übrigen Eigenschaften statt. Und so müssen wir, um zu einem gedeihlichen Fortschritt in der Zucht zu gelangen, ganz außerordentlich vorsichtig in der Wahl der Blutströme sein, die wir zu unserer Zucht verwenden. Trotzdem dies bekannt ist, hat man sich eben damals doch zu der Privathengsthaltung entschlossen, hat aber, wie vorhin erwähnt, rasch einsehen müssen, daß es nicht richtig war, die Hengsthaltung ganz der Privatinitiative zu überlassen. Es wurde daher das vom Vordner erwähnte Vorgesetz und gleichzeitig damit auch das System der Subventionierung der Hengste eingeführt. Die Subventionierung der Hengste besteht bei uns darin, daß beim Ankauf derselben der Staat einen Teil der Ankaufskosten trägt, der prozentual mit dem Ankaufspreis selbst steigt, und daß er außerdem einen Teil der Futterkosten der Hengste übernimmt. An diese Leistung knüpft der Staat die Bedingung, daß die Hengste durch staatliche Organe — wenn angängig, unter Mitwirkung der Hengsthalter — angekauft werden sollen. Diese Art der Hengsthaltung stellt natürlich ein Auskunfts-mittel dar. Man hat mit ihm erzielen wollen, daß einerseits bei dem Ankauf der Hengste ein sachkundiges und fachmännisches Urtheil maßgebend wäre, daß aber dabei andererseits trotzdem Ersparnisrück-sichten walten sollten.

Bei der Anschaffung der kaltblütigen Hengste hat nun dieses System besondere Schwierigkeiten nicht hervorgerufen. Kaltblütige Hengste sind zurzeit noch im dekretischen Alter erhältlich; wir können also diese Hengste kaufen und sie sofort den Hengsthaltern überlassen. Die Mitwirkung der Hengsthalter ist infolgedessen sehr erwünscht, nicht nur von dem Standpunkte aus, daß sie uns beim Ankauf mit ihrem Räte zur Seite stehen, sondern besonders auch deshalb, weil die Hengsthalter selbst dadurch, daß man sie in die Gebiete einführt, in denen die Zucht auf einer hohen Stufe steht, sich einen Markt für das aneignen, was zu tun und zu unterlassen ist, um die Pferdezeit vorwärts zu bringen. Von diesem Gesichtspunkte aus gesehen, hat es sich außerordentlich bewährt, die Mitwirkung der Hengsthalter bei den Einkäufen zuzulassen. Freilich ist dabei zu bedenken, daß dann immerhin persönliche Liebhabereien eine gewisse Rolle spielen; es gibt Liebhaber für gewisse Farben, es gibt Liebhaber für gewisse Formen, und da muß ich nun freilich gestehen, daß es nicht immer eine ganz dornenlose Aufgabe für den technischen Referenten gewesen ist, die Interessen der Allgemeinheit (die diese natürlich zu fordern berechtigt ist) auch gegenüber diesen persönlichen Liebhabereien durchzusetzen.

Unendlich viel schwieriger gestaltet sich die Sache aber bei der Beschaffung der Halbblütigen Hengste. Halbblütigen Hengste sind in zuchtreifem Alter nicht erhältlich; diejenigen Staaten, welche Halbblütigen Hengste einkaufen, kaufen sie alle zweijährig ein und infolgedessen hat dann bereits früher eine Durchsiebung des vorhandenen Materials stattgefunden, und wenn man Hengste erst in zuchtreifem Alter kaufen will, so bleibt bloß noch der Ausschluß übrig. Wir sind unter diesen Umständen genötigt, die Hengste frühzeitig, und zwar zweijährig, zu kaufen; in diesem Alter sind sie nun noch nicht entwickelt, sie kommen erst von der Weide, sie sind den Stall noch kaum gewöhnt, sie sind nicht eingeführt, sie sind an menschliche Behandlung, an Geschirr, an Fahren, sie sind einfach an nichts gewöhnt. Es hat sich deshalb als unmöglich erwiesen, diese Hengste sofort den Hengsthaltern zu überantworten; wir müssen sie zuerst hierher nehmen und erst, wenn sie dreijährig geworden sind, wenn sie ins zuch-



reife Alter eintreten (bei manchen ist das erst im vierten Jahre der Fall), sind wir in der Lage, sie hinauszugeben. Da tritt nun eine große Schwierigkeit ein: Die Hengsthalter haben beim Ankauf nicht mitgewirkt und sie müssen also schließlich die Hengste nehmen, wie sie gerade da sind, die persönlichen Liebhabereien können gar keine Berücksichtigung mehr finden. Es ist ein gut Stück Kapital, in einen kleineren landwirtschaftlichen Betrieb hineingesteckt, wenn ein Hengst angeschafft wird, der Laufende kostet; und es ist also wohl eine starke Zumutung an die Hengsthalter, daß sie ihr schweres Geld zahlen und das große Risiko, das mit der Hengsthaltung verknüpft ist, auf sich nehmen müssen — und alles das rein im Vertrauen auf den technischen Referenten! Ich bin glücklich darüber, daß ich eine Gelegenheit finde, hier den Hengsthaltern meinen Dank, den ich ihnen für ihr Vertrauen schulde, auch öffentlich zum Ausdruck zu bringen; es hat mir dieses Vertrauen die langen Jahre hindurch, die ich die Ehre habe, für Pferdezeitung tätig sein zu dürfen, nicht gefehlt. Aber es ist immer ein Mangel am System, wenn ein System sich rein auf eine persönliche Vertrauensstellung aufbaut. Das Vertrauen muß man sich doch erst erwerben; ich kann nicht dauernd an dieser Stelle bleiben, und es wird also immer nötig sein, daß ein Nachfolger sich wieder dieses Vertrauen erwirbt, und darüber wird natürlich immer eine gewisse Zeit hinweggehen müssen. Und wenn auch das Großh. Ministerium des Innern zurzeit in der Gestalt des technischen Hilfsarbeiters, des Herrn Dr. Paravicini, über eine Kraft verfügt, die ganz besonders befähigt ist, über die Abstammung, über die Herkunft der Hengste und über deren Anpaarbarkeit, über unser vorhandenes Stutenmaterial Aufschlüsse zu geben, so bleibt eben doch immerhin eine große Schwierigkeit in der Beschaffung der Halbbluthengste bestehen.

Besonders schwierig wird aber die Sache dann, wenn es sich erst darum handelt, diese Hengste von einer Station auf die andere zu versetzen. Es bleibt nie aus, daß Hengste zwischen sich schlecht vererben. Das liegt zum großen Teil auch an dem Stutenmaterial, was bei uns leider noch sehr heterogen ist. Es besteht das Vererben, bei dem Stutenmaterial dieselben Blutströme zu erhalten, und die im Blutstrom dazu passenden Hengste anzukaufen, was nicht immer leicht ist; ganz allmählich nur geht das vor sich. Besonders schwierig wird das also bei der Verzeugung. Wenn wir auch Gegenden haben, bei denen gleichartiges Blut in dem Stutenmaterial vorliegt und wo eine Verzeugung ohne Schaden vor sich gehen könnte, wird natürlich der Hengsthalter, der den Hengst bekommen soll, lieber einen neuen Hengst übernehmen. Der Hengsthalter fährt natürlich an den Ort, wo der Hengst sich früher aufgehalten hat, und wenn er da zufällig zuerst auf einen Pferdehalter trifft, dessen Stute sich nach diesem Hengst nicht gut vererbt hat, dann wird er stutzig und will von diesem Hengst nichts mehr wissen. Es kommt dann auch vor, daß in gewissen Gegenden Hengste sich schlechter vererben, weil das Stutenmaterial nicht adäquat ist. Und man ist dann nicht in der Lage, diese Hengste wegzunehmen, weil es private sind, trotzdem sie vielleicht viel besser in anderen Gegenden stationiert wären. Was sollen wir ferner mit solchen Hengsten machen, die sich durchweg schlecht vererben? Wir müßten sie zur Ausrangierung stellen, aber da sie Privateigentum eines Hengsthalters sind und einen großen Kapitalwert repräsentieren, können wir diesem im Interesse der Allgemeinheit gelegenen Wunsch nicht jedes Mal nachgeben; aus Rücksicht auf die Hengsthalter sind wir oft genötigt, solche Hengste durchzuhalten, deren Ausrangierung sich vielleicht empfehlen dürfte.

So ist unser System beschaffen. Ich habe die Mängel nicht verschwiegen, ich habe die Mängel hervorgehoben, wo ich es für notwendig hielt; denn ich stehe

auf dem Standpunkt, daß wir auch weiterhin einen geistlichen Fortschritt erstreben sollen, und daß wir mit der Zeit eine gewisse Aenderung in diesem System eintreten lassen müssen. Bei der Kaltblutzucht, wo die Hengste sich durch ihre Arbeitskraft voll bezahlt machen, wo das Futter, das der Hengsthalter den Hengsten zu geben hat, durch die Arbeitsleistung des Hengstes ersetzt wird, wo außerdem die Veräußerung des Hengstes, wenn er sich schlecht vererben sollte, viel leichter ist als bei den Halbblutpferden, weil er immer einen hohen Wert als Arbeitspferd besitzt, können wir die Sache ruhig so belassen, wie sie jetzt ist. Im Gegenteil, ich würde dafür sein, daß man dort womöglich sogar die staatliche Subvention, den Futtergeldzuschuß, noch erhöht, wie das auch von seiten der Hengsthalter in Anbetracht der sehr gestiegenen Futterkosten gewünscht wird. Dort hat sich unser System vollständig bewährt; dort kaufen die Hengsthalter selbst mit, sie sind beim Ankauf mitbeteiligt, und wenn eben ein Hengst nicht das hält, was man sich von ihm verspricht, so ist die Veräußerung des Hengstes mit nicht allzu großen Opfern und Schwierigkeiten verknüpft.

Anders aber verhält es sich mit den Halbbluthengsten. Die Halbbluthengste müssen wir, wie schon erwähnt, sehr frühzeitig kaufen. Es ist nicht immer gesagt, daß sie sich zur Arbeit gut eignen. Ihre Vererbung steht bei dem sehr verschiedenartigen Stutenmaterial, welches wir haben, in Frage. Die Rente, die aus der Halbblutzucht hervorgeht, ist eine wesentlich geringere als die, welche aus der Kaltblutzucht hervorgeht. Es ist schon von zweien der Herren Korredner auf den äußerst schlanken Fohlenabsatz hingewiesen worden, den wir haben. Es ist darauf hingewiesen worden, daß es bayerische Händler sind, die fast unsern ganzen Fohlenbestand räumen. Das bezieht sich aber nur auf die Kaltblutzuchttreibenden Distrikte. Wo Halbblutzucht getrieben wird, ist dieser schlankste Absatz nicht vorhanden, im Gegenteil, da ist der Absatz ein recht schleppender, u. die Veräußerung der Produkte ist mit Schwierigkeiten verknüpft. Es fällt dort infolgedessen die Unzufriedenheit der Stutenbesitzer natürlich immer leicht auf den Hengst, von dem das Produkt abstammt, welches sich nachher als unzureichend erweist. Da sollte mit der Zeit vielleicht Wandel geschaffen werden, und wenn die Herren sich dazu bereit finden würden, in einer späteren Zukunft einmal daran zu denken, daß die Halbbluthengsthaltung zu verstaatlichen wäre, so glaube ich, daß damit der Halbblutzucht ein großer Dienst erwiesen würde. Wenn das eintritt, wird auch die Halbblutzucht denselben Fortschritt aufweisen können, wie ihn jetzt die Kaltblutzucht aufzuweisen hat. Unsere Kaltblutzüchter können wirklich das Lob für sich in Anspruch nehmen, daß in keinem Teile unseres Vaterlandes eine Tierzucht so rapide Fortschritte gemacht hat, als wie gerade die Kaltblutzucht bei uns. Es ist in den unterländischen Bezirken, die sich der Kaltblutzucht gewidmet haben, jetzt schon von einer gesunden, von einer feststehenden Rente zu sprechen, die diese Kaltblutzucht abwirft, während das bei der Halbblutzucht eben meiner Ansicht nach nur zu erreichen sein wird, wenn die Halbbluthengsthaltung in einer anderen Weise geregelt werden könnte.

Abg. Red. (natl.): Der Tabakbau ist für viele Bezirke unseres Heimatlandes von so großer Wichtigkeit, daß er verdient, in weit höherem Maße, als es bisher geschehen ist, sich der Pflege und Förderung seitens der Großh. Regierung versichert zu wissen. Bei der Förderung des Tabakbaues kann es sich ja lediglich nur um die Förderung des Qualitätstabakbaues handeln. Um Qualitätstabak zu bauen, ist es notwendig, daß in der betr. Gegend oder in dem betr. Orte unter allen Umständen ein guter, kräftiger, tiefgründiger Sandboden vorhanden ist. Allüberall da, wo diese Voraussetzungen gegeben sind, wird es möglich sein, bei guter Pflege und sachgemäßer Behandlung ein Produkt zu erzielen, das



nicht nur dem Händler, sondern auch dem Fabrikanten entspricht.

Der Herr Kollege Müller hat vorhin auch über den Tabakverkauf gesprochen, und ich kann mich dem vollständig anschließen. Es ist geradezu eine Noth, wie mitunter der Tabakverkauf in den einzelnen Orten vor sich geht. Damit hier Abhilfe geschaffen wird, ist es notwendig, daß die Tabakpflanzer sich organisieren, sich zu Tabakvereinen oder Tabakverkaufs-Tabakbauvereinen oder Tabakverkaufsvereinen zusammenschließen. Ich selbst habe vor einige Jahre in der Nachbarschaft fünf ähnliche Vereine gegründet; auch in der Nachbarschaft sind ähnliche Vereine gegründet worden, und die Erfolge, die wir da zu verzeichnen hatten, sind wirklich nicht nur als gut, sondern als vorzüglich zu bezeichnen. Die Abschlechterei, wie sie früher vor sich gegangen ist, ist vollständig aus der Welt geschafft. Es ist eine Kommission bestellt, die den Tabak entweder an einen oder an zwei Fabrikanten verkauft. Solche Verkaufsvereine wirken gleichzeitig noch erzieherisch auf die Pflanzler ein. Ehe nämlich der Verkauf vor sich geht, wird der Tabak, wenn er gebunden ist, durch die Kommission, die von dem Verkaufsverein gewählt ist, klassifiziert. Er wird in zwei oder drei Klassen eingeteilt, und darnach bekommen die Leute dann ihr Geld ausbezahlt. Die Folge davon ist eben dann die, daß das Streben der Tabakbauern dahin geht, möglichst in die erste Klasse hineinzukommen, und sie geben sich darum die denkbar größte Mühe, sorgfältig, ja recht sorgfältig mit dem Produkt umzugehen.

Der Herr Berichterstatter hat erwähnt, daß in der Kommission angeregt worden ist, die Großh. Regierung möchte auch für die Prämierung des Tabaks Mittel zur Verfügung stellen. In dankenswerter Weise hat die Großh. Regierung diese Mittel in Aussicht gestellt, und zwar für den Fall, daß praktische Vorschläge gemacht werden könnten. Ich habe mir die Sache folgendermaßen gedacht: Es sollte die Prämierung des Tabaks beim Vorwiegen an der Waage vorgenommen werden, und dort dürfte es sich empfehlen, vor allen Dingen auf die Behandlung des Tabaks Wert zu legen; der allergrößte Wert müßte selbstverständlich auf die Verbrennlichkeit des Produktes gelegt werden. Die Kommission, die diesen Tabak zu prämiieren hätte, dürfte zusammengesetzt sein aus einem Tabakbauer vom Orte, einem solchen aus dem Nachbarorte und dem betr. Käufer des Tabaks. Diese Kommission wird wohl in der Lage sein, die besten Partien, die sich in dem betr. Orte vorfinden, herauszufinden und dem Pflanzler dann für seine fördernde Arbeit einerseits und andererseits zur Nachbeurteilung seiner Berufskollegen eine entsprechende Prämie zuzubilligen. Die Zusammensetzung dieser Kommission in dieser Art und Weise hätte noch den Vorteil, daß die Kosten hierfür außerordentlich gering wären. Es würde nur ein Aufwand für die Persönlichkeit notwendig sein, die aus dem Nachbarorte hinzugezogen werden müßte. Es wäre dann auch möglich, dem Tabakbauer höhere Prämien, mehr Geld zuzuwenden.

Ich habe vorhin schon ausgeführt, daß ich schon seit vielen Jahren im Tabakbau und im Tabakverkauf drin stehe, und ich habe mir da manche und reiche Erfahrung gesammelt. Ich hätte vielleicht auch noch anregen können, daß es sich empfiehlt, diese Prämierung nicht allein von der Befichtigung an der Waage abhängig zu machen, sondern auch eine Befichtigung des Tabaks auf dem Felde vorzunehmen. Dies würde aber das Geschäft nicht nur erschweren, sondern auch noch verteuern. Die Erfahrung lehrt ferner allgemein, daß manche Tabakbauern mitunter den allerschönsten Tabak draußen auf dem Felde haben; wenn er aber zuhause nicht sachgemäß behandelt wird, dann gibt es eben keinen Qualitätsstabak (Sehr richtig!). Wenn z. B. der Bauer ihn

nach Hause bringt und läßt ihn dort einen Tag gebündelt stehen, oder hängt ihn am Dache zu dicht, so daß er fault und schimmelig wird, oder, was noch schlimmer ist, wenn er ihn noch abhängt, dann ist die ganze Qualität verloren. Das ist der Grund, der mich betrogen hat, die Prämierung des Tabaks an der Waage vorzuschlagen. Dort wird es auch möglich ein, unter Beobachtung der betr. Punkte, die ich hervorgehoben habe, dem Pflanzler das zuzuerkennen, was er wirklich für seine Mühe verdient hat. Selbstverständlich setze ich voraus, daß die Förderung dieser Qualitätsstabe nur in den Gemeinden vorgenommen werden sollte, in denen auch bis jetzt schon durchschlagende Erfolge im Tabakbau erzielt worden sind. Ueberall da, wo z. B. schwere Böden vorhanden sind, wo sogar der Rebstock gedeiht, da wird man bis auf weiteres Umgang davon nehmen müssen, durch Staatshilfe dem Tabakbau Vorschub zu leisten. Es wäre dort vielleicht besser, man würde dort dem Weinbau in irgend einer Art aufhelfen.

Was den Weinbau anbelangt, so war ich gestern wirklich erstaunt über die Ausführungen, die Herr Kollege v. Gleichenstein hierüber gemacht hat, indem er gesagt hat, daß auch in den letzten zwei Jahren im Weinbau und Weinverkauf keine Besserung eingetreten sei. Wir auf der Hardt bauen keinen Wein, wir erfahren aber das Gegenteil von dem, was Herr v. Gleichenstein angeführt hat. Der Wein ist außerordentlich teuer geworden, und unsere Wirte und Händler sagen, im ganzen badischen Land ist bei den Bauern überhaupt kein Wein mehr zu bekommen gewesen; wenn man Wein haben wolle, müsse man zum Großhändler gehen, zum Weinhändler, dort sei noch Wein zu bekommen, aber nicht von Bauern. Was die Preise anbelangt, so stehe ich als Weintrinker nicht auf dem Standpunkt, daß der Wein etwa zu teuer wäre. Wir stehen allüberall, wo wir keinen Wein bauen, das kann ich offen sagen, auf dem Standpunkt, daß wir unseren Berufskollegen gern die hohen Preise gönnen. Wir verlangen aber gewissermaßen, daß uns durch Verschärfung der Kontrolle die Garantie gegeben ist, daß wir für das angelegte Geld auch einen guten Wein bekommen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich doch darauf hinweisen, daß wir auf der Hardt bis vor 4 oder 5 Jahren, wo das Weingeles noch nicht so scharf gehandhabt worden ist oder noch gar nicht in Kraft getreten war, wenn das Frühjahr ins Land hereinzog, von den Pfälzer Weinen gewissermaßen überschwemmt wurden. Tagtäglich sind Reisende mit Proben in den Dörfern herumgezogen und haben ihren Wein angeboten zu 22, 24, 25 Pf. das Liter, frei in den Keller geliefert. Das war an der Tagesordnung. Sie leisteten uns sogar noch Garantie, daß die Weine selbst gezogen seien (Heiterkeit); aber sie haben uns Bauern verschwiegen, wo sie gewachsen sind; jedenfalls sind die meisten davon im Keller gewachsen (Heiterkeit). Also, wie gesagt, wir gönnen den Weinbauern die höheren Preise, und auch wir von der Hardt bitten die Großh. Regierung, sie möchte dafür sorgen, daß die Weinkontrolle in schärfstem Maße ausgeübt wird.

Der Körnerbau ist wohl in der ganzen Rhein- gegend in den letzten Jahren ziemlich stark zurückgegangen auf Kosten des Anbaues von Futterpflanzen und Handelsgewächsen. Von den Körnern wird Gerste noch am meisten angebaut, aber nicht etwa deshalb, weil die Preise für Gerste außerordentlich hoch zu nennen wären, sondern bei uns auf der Hardt wird sie deshalb angebaut, weil es möglich ist, nach Aberntung des Hafens noch eine weitere Ernte in Form von Stoppelfrüchten zu erhalten, die einen guten Ertrag abwirft. Als Preis haben wir in den letzten Jahren durchschnittlich 16—18 M. pro 100 Kilogramm erzielt. Erst in den allerletzten Jahren ist es möglich gewesen, 20 M. für 100 Kilogramm zu er-



halten. Dieser Ausschlag ist aber weder auf die Qualität, noch auf ein geringeres Angebot zurückzuführen, sondern, wenigstens bei uns auf der Hardt, auf das tatkräftige Eintreten des landwirtschaftlichen Konsumvereinsverbandes bzw. dessen Unterabteilung, des Getreidebureaus in Mannheim. (Vgl. Gierich: Ganz unrichtig!) Das ist Tatsache, das werde ich Ihnen beweisen, Herr Kollege! — Ich stehe nicht an, dieser Institution für ihr tatkräftiges Eintreten hiermit Dank und Anerkennung auszusprechen. Man hat seitens des Handels und der Brauer gleich nach der Ernte versucht, einen Teil der Gerste zum Preis von 17 M. und 17,50 M. aufzukaufen, und es ist den Händlern und auch den Bräuern in verschiedenen Gemeinden gelungen, einen ganz erheblichen Teil um diesen Preis aufzukaufen. Dann aber ist auf Drängen der landwirtschaftlichen Konsumvereine der Vertreter des Getreidebureaus in die Hardt gekommen und hat sich von der Stunde an bereit erklärt, die Gerste zum Preis von 20 Mark zu kaufen. Die Folge war die, daß der Handel und mit ihm die Brauer, wenn sie Gerste wollten, diesen Preis anlegen mußten. Wäre das Getreidebureau in Mannheim nicht eingetreten, so hätten unsere Bauern gar keine andere Wahl gehabt, wenn sie ihre Gerste losbringen wollten, als um den niedrigeren Preis zu verkaufen.

Ich möchte noch eine weitere Anregung geben, sie betrifft die Förderung des Feldgemüsebaues. Der Feldgemüsebau wäre eine lohnende Einrichtung besonders in den Gemeinden, in denen wenig Handelsgewächse gebaut werden, und vorzüglich in den Gemeinden, die in der Nähe größerer Städte liegen. Viel Geld, Hunderte, Tausende von Mark gehen ins Ausland bzw. in unsere Nachbarstaaten für Gemüse. Wenn wir hinüberkommen in die untere Pfalz und nach Posen, so finden wir dort ganze Gewanne, ganze Parzellen mitunter angebaut mit Kraut, Zwiebeln, Kohlraben, mit allen möglichen Gemüsen. Diese Gemüse werden wieder gemeinschaftlich verkauft und gehen zum größten Teil nach Baden in unsere größeren Städte. Die Einrichtung und Förderung dieses Feldgemüsebaues wäre natürlich in allererster Linie durch unsere Landwirtschaftslehrer anzuregen. Aber ich verfehle nicht, jetzt schon darauf hinzuweisen, daß es mit einem Vortrag in der Gemeinde nicht belassen werden kann, denn die Erfahrung macht man doch überall: Wenn solche landwirtschaftliche Vorträge stattfinden, und die Versammlung ist geschlossen, die Diskussion ist beendet usw., so gehen die Leute größtenteils auseinander, ohne irgend den festen Voratz gefaßt zu haben, daß sie einen bestimmten Weg zur Besserung einschlagen wollen. Wenn der Erfolg einer derartigen Versammlung durchschlagend sein soll, dann ist es notwendig, daß der Lehrer in allen den Gemeinden, wo er gemerkt hat, daß Interessenten vorhanden sind, daß Lust und Liebe zur Sache da ist, in den nächsten acht Tagen wieder kommt, die wichtigsten Interessenten im trauten Kreise um sich versammelt, und dann den Keim, den er in der ersten Versammlung gelegt hat, dort zur Entfaltung bringt. Man weiß doch allgemein, daß solche Einrichtungen, wie ich sie hier jetzt vorgetragen habe, in der ländlichen Bevölkerung zunächst mit Mißtrauen betrachtet werden, und deshalb ist es doppelt notwendig, daß der Vater solcher Institutionen sich ja recht fleißig um dies zarte Pflänzchen, das er gesetzt hat, kümmert und es dadurch allmählich zur Entfaltung zu bringen versteht. Daß die Landwirtschaftslehrer allein diese Aufgabe neben ihrer Beschäftigung ausführen können, wird eine Frage der Zeit sein; es wird allerdings wohl möglich sein, daß vielleicht ein oder zwei weitere Kräfte dazu notwendig sind. Ich möchte darauf hinweisen, daß auf ähnlicher Basis, wie ich sie hier vorgetragen habe, früher unsere

landwirtschaftlichen Konsumvereine und unsere Kreditvereine errichtet worden sind. Vor 25 oder 30 Jahre sind die sogenannten Wanderlehrer (das findet man, wenn man sich in den älteren landwirtschaftlichen Kalendern etwas umschaut) im Bezirk herumgereist, sie haben Vorträge da und dort gehalten, und wenn sie gefunden haben, daß Lust und Liebe zum Genossenschaftswesen vorhanden war, so sind sie einige Tage später wieder gekommen, haben die Interessenten um sich versammelt und eine Genossenschaft wachzurufen gesucht, und die Folge davon war zumeist die, daß kurze Zeit darauf entweder ein Kreditverein oder ein landwirtschaftlicher Konsumverein gegründet worden ist. So ähnlich könnte vielleicht auch die Gründung von Feldgemüsebauvereinen erfolgen. Diese würden, wie gesagt, sehr ersprießlich wirken können, und zwar besonders in der Nähe größerer Städte. Sie wären nicht nur für die ländliche Bevölkerung von großem Vorteil, sondern auch für die Bewohner der Städte, und die hierfür aufgewendeten Mittel würden sich in kurzer Zeit reichlich bezahlt machen.

Nun zur land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherung! Sie ist auf der Hardt, das kann ich offen sagen, kein gern gesehener Gast. Schon im letzten Landtag hat man viel hierüber geredet und auch heuer wieder ist davon gesprochen worden, und da möchte ich denn doch einmal anregen, ob es vielleicht nicht empfehlenswert wäre, daß bei der Behandlung des landwirtschaftlichen Budgets auch der Vorstand der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft oder wenigstens ein Vertreter desselben hier am Regierungstisch Platz nimmt. Er wäre dann in der Lage, die Klagen, mitunter die berechtigten Klagen, die aus dem Lande hier erschallen, entgegenzunehmen, er wäre aber auch in der Lage, allenfallsige Unrichtigkeiten oder Unstimmigkeiten richtigzustellen. Man macht die Erfahrung, daß, wenn man hier über die land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft etwas ausführt, wenn man hier Wünsche vorbringt, man dann einige Tage später von der Genossenschaft ein Schreiben bekommt, in dem sie ihrer Freude Ausdruck gibt, daß man sich für die Sache interessiert habe, gleichzeitig soll man aber der Genossenschaft einen bestimmten Weg angeben, wie die Klage, als man vorgebracht hat, aus der Welt zu schaffen wäre. Ich habe das Amt eines Volksvertreters bis jetzt immer so aufgefaßt, daß er die Wünsche, soweit sie ihm die berechtigt erscheinen, hier vorbringt, daß es aber Sache der Regierung oder der betreffenden Institution ist, die Klagen, soweit sie wirklich berechtigt sind, abzustellen, daß sie selbst Mittel und Wege sucht, um diese Klagen aus der Welt zu schaffen.

Man klagt nun in allererster Linie über die großen bei der Klasseneinteilung sich ergebenden Unterschiede. Ich kann mich der Kürze wegen hier auf das beziehen, was der Herr Kollege Morgenthaler hier vor einigen Tagen des näheren ausgeführt und begründet hat. Wir sollten entschieden mehr Klassen haben, und zwar Klassen, die von 100 Arbeitstagen um je 100 ansteigen bis zu 1000 Arbeitstagen, so daß wir im ganzen etwa 10 Klassen hätten.

Ich möchte gleichzeitig noch anregen, ob es nicht vielleicht wieder an der Zeit wäre, die Arbeitstage, die behufs der Klassifizierung durch den Bezirksrat s. Zt. festgelegt wurden, neu einzuschätzen. Die Zeit der Einschätzung liegt ziemlich weit zurück, und während dieser Zeit sind im landwirtschaftlichen Betrieb so gewaltige Veränderungen und großartige Verbesserungen vorgenommen worden, so große Verschiebungen in den einzelnen Bezirken eingetreten, daß es sich wohl rechtfertigen und vertreten läßt, wenn man in tunlichster Eile anordnet, daß in den einzelnen Bezirken eine neue Festsetzung der Arbeitstage durch den Bezirksrat herbeigeführt wird.



Was nun die Rente anbetrifft, die von der land- und forstwirtschaftlichen Genossenschaft gezahlt wird, so verstehe ich durchaus nicht, daß sie mitunter wesentlich zur Linderung der Not beiträgt, aber ich möchte auch hier anheimgen, ob es sich denn doch nicht empfehlen dürfte, wenn die Rente einmal so weit zurückgegangen ist, daß sie nicht mehr monatlich, sondern der Kürze wegen vierteljährlich ausbezahlt wird, und wenn vierteljährlich nur noch 10 M. gezahlt werden, diese geringe Rente überhaupt aufzuheben. Es ist ja auch nur schwer abzuschätzen, ob die Arbeitskraft eines landwirtschaftlichen Arbeiters im Vierteljahr nur um 10 M. weniger wert ist als die eines gesunden Mannes. Die Ersparnisse, die hier gemacht werden, könnten denen zugute kommen, die wirklich als Krüppel oder als Notleidende aus irgend einem Unfall in einem land- oder forstwirtschaftlichen Betriebe hervorgegangen sind, so daß also diese Ersparnisse zur Erhöhung der Rente dieser Unglücklichen beitragen könnten.

Es ist richtig, daß wirklich eine Sucht nach dieser Rente besteht; der Herr Kollege Sängler hat im letzten Landtag schon darauf hingewiesen, daß im Hanauer Land neben anderen Krankheiten noch eine weitere Krankheit ausgebrochen wäre, nämlich der „Rentenkoller“, wie er sich ausgedrückt hat (Abg. Sängler: Nicht nur im Hanauer Land, sondern überall; Heiterkeit). Das ist auch bei uns der Fall. Diejenigen, die einmal eine Rente haben, glauben immer, sie werden wieder kränker, wenn ihnen die Rente entzogen werden soll, und diejenigen, die einen Unfall im landwirtschaftlichen Betrieb erlitten haben und noch keine Rente haben, bleiben immer so lange krank, bis sie eine Rente bekommen. Das wird wohl dieser sogenannte Rentenkoller sein.

Ueber die Mühe und die Arbeit, die den Bürgermeistern durch diese Gesetzgebung auferlegt wird, möchte ich aus gewissen Gründen nicht reden.

Zum Schluß noch einige Worte über das Schulturnen in den Landgemeinden. Das Schulturnen hat in den Jahren, seit es auf dem Lande obligatorisch eingeführt ist, wohl keine nennenswerten Fortschritte zu verzeichnen, und es ist, um mich kurz auszudrücken, auf dem Lande so wenig beliebt wie die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung (Sehr richtig!). Das Turnen, das ja wohl den Zweck haben soll, den Körper unserer Jugend zu stärken, mag wohl in der Stadt seine volle Berechtigung haben; aber draußen auf dem Lande, wo unsere Kinder Luft und körperliche Bewegung in genügender Weise haben, dürfte es meines Erachtens nicht notwendig sein, daß sie in der Woche noch zweimal auf dem Turnhof herumpringen. Ich denke, wenn unsere Kinder von dem 4. Schuljahre ab neben dem Pflug oder hinter der Egge hergehen oder sonstige landwirtschaftliche Arbeiten verrichten, wenn sie mitunter bei Wind und Wetter draußen sind, dann wird ihr Körper für ihre spätere Zeit genug abgehärtet und genug gestählt. So möchte ich auch in diesem Sinne die Bitte an die Großherzogliche Regierung richten, wenigstens in den Landgemeinden das Turnen nicht mehr als obligatorisch zu betrachten.

Schließlich möchte ich nur noch dem Wunsche Ausdruck verleihen, daß die verschiedenen Anregungen, die in der landwirtschaftlichen Debatte hier gegeben worden sind und noch gegeben werden, das harte Los unseres Landmannes zu verbessern in der Lage sind, und daß sie ihn dadurch umsomehr an seine Scholle fesseln! (Beifall bei den Nationalliberalen).

Abg. Kolb (Soz.): Meine Fraktion hat mich beauftragt, den Standpunkt unserer Partei zu den hier in Frage stehenden Angelegenheiten zu präzisieren. Ich muß dabei vorausschicken, daß ich als Nichtlandwirt selbstverständlich nicht in die Einzelheiten des landwirtschaftlichen

Betriebs einlassen kann. Es ist das auch gar nicht notwendig; denn es sitzen hier soviel Sachverständige, daß es der Nichtfachverständige sehr wohl unterlassen kann, sich in Dinge einzumischen, von denen er nichts versteht.

Ich habe aber zu einer Reihe prinzipieller Fragen hinsichtlich der Agrarpolitik Stellung zu nehmen und dabei diejenigen Vorwürfe zurückzuweisen, die man meiner Partei sowohl in diesem Hause als auch außerhalb dieses Hauses in der Agitation macht.

Die sozialdemokratische Partei wird gemeinhin als eine bauernfeindliche Partei bezeichnet, und noch vor wenigen Tagen war es Herr Abg. Morgenthaler, der in unmittelbarem Anschluß an eine Rede, die ich hier gehalten habe, glaubte, das Sachliche, was ich hier vorgebracht hatte, dadurch widerlegen zu können, daß er einen Ausspruch eines Sozialdemokraten zitierte, der ungefähr gelautet haben soll: „Jeder überzeugte Sozialdemokrat müßte die Auffassung teilen, daß der Bauer auf seiner Scholle untergehen muß; dem Bauern sollte die Affenliebe zum Privateigentum dadurch ausgetrieben werden.“ Ich habe diesen Ausspruch noch nirgends gelesen und habe auch noch nie etwas davon gehört; ich weiß also auch nicht, ob er auf Wahrheit beruht oder ob er erdichtet ist. Wenn er aber auf Wahrheit beruhen sollte, so ist damit ganz zweifellos nichts gegen die Stellung der Sozialdemokratie in bezug auf ihre Bauernfreundlichkeit bewiesen, sondern es ist damit im günstigsten Falle nur bewiesen, daß es nicht nur im Zentrum sondern auch in der Sozialdemokratie Leute gibt, die über Dinge reden, über die sie zweckmäßigerweise lieber schweigen würden. Der Betreffende hat, wenn er das wirklich gesagt hat, jedenfalls etwas behauptet, was durchaus nicht mit den Auffassungen übereinstimmt, die in meiner Partei in bezug auf die Agrarpolitik maßgebend sind. Gewiß, wir vertreten eine andere Bauernpolitik als das Zentrum. Wir vertreten aber auch eine andere Arbeiterpolitik, eine andere Handwerkerpolitik, eine andere Finanzpolitik, eine andere Wirtschaftspolitik! Überall, auf allen Gebieten gehen unsere Ansichten auseinander, und es darf deshalb aus der anderen Ansicht, die wir in bezug auf die Bauernpolitik haben, nicht schlechterdings geschlossen werden, daß wir überhaupt Bauernfeinde seien, die nur darauf ausgehen, den Bauernstand so schnell wie möglich zu ruinieren.

Unsere Partei hat eine Idee zu einer Welt- und Staatsordnung sich gegründet, die allerdings vollständig abweicht von den Ideen, die andere Parteien vertreten. Aber es ist unser aufrichtiges Bestreben, diese Idee zu verwirklichen, und wir erblicken in deren Verwirklichung etwas, was dem Gesamtwohl des Volkes zum Vorteil gereicht. Keine Partei kann deshalb so sehr wie die unsrige darauf angewiesen sein, die Interessen des ganzen Volkes zu vertreten, weil unser Ziel doch nur erreicht werden kann, wenn wir die Mehrheit des Volkes hinter uns haben. Es wäre also, schon vom taktischen Standpunkt aus betrachtet, die größte Torheit, wenn wir von vornherein prinzipiell gegenüber der Bauernschaft eine Stellung einnehmen würden, die es uns ganz unmöglich machen würde, die Bauern für uns zu gewinnen. Daß wir das nie getan haben, glaube ich im Laufe meiner Ausführungen nachweisen zu können.

Gewiß, wir haben heute noch kein Agrarprogramm. Das ist aber aus der ganzen geschichtlichen Entwicklung unserer Partei heraus durchaus erklärlich. Wir bedürfen auch zunächst keines besonderen Agrarprogramms. Unsere tatsächliche Arbeit auf diesem Gebiet in den Parlamenten beweist zur Genüge, daß wir nicht bauernfeindlich sind. Ich darf z. B. nur jetzt schon darauf hinweisen, daß wir, solange wir in diesem hohen Hause vertreten sind, jeweils mit allen übrigen Parteien dem landwirtschaftlichen Budget zugestimmt haben, ja, daß wir zum Teil noch weiter



gegangen sind als die anderen Parteien, und namentlich in bezug auf die Schulbildung, auf die Fachbildung erheblich höhere Summen eingestellt wünschten. Wir brauchen uns übrigens auch garnicht zu sehr alterieren, wenn man uns den Vorwurf der Bauernfeindschaft macht. Wir befinden uns da in ganz angenehmer Gesellschaft. Noch vor wenigen Wochen wurde einem der berufensten Vertreter der Landwirtschaft, unserem Herrn Kollegen Ries, einem Landwirtschaftslehrer und Landwirtschaftsinspektor, in der Wahlagitation von den Demagogen des Bauernbundes der Vorwurf gemacht, daß er ein Bauernfeind sei, daß er ein Feind der Landwirtschaft sei. Wenn das Leuten passiert, die berufsmäßig mit der Landwirtschaft zu tun haben, und zwar nur deshalb passiert, weil sie eine andere politische Auffassung haben, vielfach auch andere Prinzipien vertreten in bezug auf die Hilfe, die man der Landwirtschaft zuteil werden läßt, dann, wie gesagt, brauchen wir uns dieses Vorwurfs nicht mehr zu schämen.

Wir haben also, wie gesagt, kein Agrarprogramm. Ich glaube aber, unsere Partei wird in absehbarer Zeit zu einem solchen kommen und kommen müssen, schon in Anbetracht der fortwährend sich erhebenden Vorwürfe gegen unsere Partei, wir würden für die Landwirtschaft nichts tun. Wir haben uns auf unseren Parteitagen wiederholt mit landwirtschaftlichen Fragen beschäftigt, zum ersten Mal in größerem Umfang auf dem Frankfurter Parteitag im Jahre 1894. Es wurde dort zwar kein förmliches Agrarprogramm aufgestellt, aber es wurde doch in größeren Zügen der Standpunkt entwickelt, den wir in bezug auf die Bauernschaft einzunehmen gewillt sind: In negativer Beziehung hieß es damals, daß wir vor allen Dingen den Bauern vor weiteren steuerlichen und sonstigen Bedrückungen schützen müssen; in positiver Beziehung sollte die Förderung der rationellen und genossenschaftlichen Betriebsweise erstrebt werden, insbesondere durch weitreichende Staatshilfe, durch bessere Volks- und Fachschulen, durch Verbilligung der Tarife und durch Ausdehnung des Eisenbahnnetzes. Das sind Forderungen, mit denen man sich wahrhaftig sehen lassen kann, und ich glaube, vielleicht im Laufe meiner Ausführungen beweisen zu können, daß, wenn diese positiven Forderungen der Sozialdemokratie in dem Umfang verwirklicht werden, wie wir das wünschen, damit der Bauernschaft im großen und ganzen mehr gebietet wäre als durch die Agrarpolitik, die heute die herrschende, die maßgebende und die richtunggebende ist.

Der Begriff „Landwirtschaft“ ist ein sehr verschiedenartig zu deutender. Man kann unter dem Begriff „Landwirtschaft“ alles Mögliche rubrizieren. Aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn wir in Baden von der Landwirtschaft reden, wir darunter etwas ganz anderes meinen, als wenn im preussischen Herrenhaus oder im preussischen Abgeordnetenhaus davon geredet wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Denn unsere Landwirtschaft ist begrifflich etwas ganz anderes als der ostelbische Großgrundbesitz, und wir müssen deshalb, wenn wir unserer Landwirtschaft helfen wollen, ehrlich helfen wollen, nicht schablonenmäßig die Politik nachmachen, die in Preußen als maßgebend anerkannt wird, sondern wir müssen unser Urteil nach den Verhältnissen richten, die bei uns in Baden, in Süddeutschland, überhaupt in den Staaten maßgebend sind, wo der Großgrundbesitz nicht vorherrscht. Für uns Sozialdemokraten ist die Kardinalfrage die, ob der Kleinbetrieb erhaltungsfähig und konkurrenzfähig ist, ob er so rationell betrieben werden kann, daß der Kleinbauer auf seiner Scholle existenzfähig bleiben kann. Wenn wir diese Frage auf Grund der Erfahrungen bejahen müssen, dann ist unsere Agrarpolitik ganz von selbst gegeben. Kämen wir aber zu einer Verneinung dieser Frage, dann müßte selbstverständlich eine andere

Politik verfolgt werden, die ich hier nicht zu entwickeln brauche. Gewiß hat es in unserer Partei eine Zeitlang eine Richtung gegeben, und sie existiert heute noch, die der Meinung ist, daß, genau wie im industriellen und gewerblichen Leben, auch in der Landwirtschaft der Kleinbetrieb allmählich zugrunde gehen müsse. Allein, ich muß sagen, ich habe mich durch die Erfahrungstatsachen eines Besseren belehren lassen und die Richtung in unserer Partei wird stärker, die der Auffassung huldigt, daß der Kleinbetrieb in unserer Bauernschaft nicht zugrunde gehen müsse, daß er erhaltungsfähig sei und daß die Sozialisierung auf diesem Gebiete nicht so schablonenmäßig vor sich gehen könne wie in der Industrie, sondern daß sie einfach einen andern Weg gehen müsse, der aber genau zu demselben Ziele führt.

Wenn man allerdings die Intensitätsstufe und Produktionsstufe des Auslands vergleicht mit der Betriebsweise unseres Kleinbauers, so müßte man fast zu der Auffassung kommen, daß unser Kleinbauernstand rettungslos verloren sei. Allein unser Bauernstand ist schon aus sich heraus zu der Auffassung gekommen, daß er mit dem überseeischen Großgrundbesitzer, mit dem extensiven Körnerbau, wie er dort betrieben wird, nie konkurrieren könne. Der extensiv Körnerbau, wie er in Amerika üblich ist, wie er heute den Weltmarkt beherrscht, ist in Deutschland einfach und schlechterdings nicht mehr aufrecht zu erhalten. Soweit er heute noch aufrecht erhalten wird, geschieht es künstlich, und zwar zum Nachteile der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes, zum Nachteile unserer Wirtschaftspolitik, zum Nachteile unserer ganzen Entwicklung, die wir notwendigerweise durchmachen müssen. Ich will mich nicht darauf einlassen, auszuführen, warum der amerikanische Körnerbau auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger ist wie der deutsche. Diese Tatsachen sind ja allbekannt, und es hieße Eulen nach Athen tragen, wenn man sie hier ausführlich vortragen wollte. Wichtig ist allerdings, daß unsere Klein- und Mittelbauern sich auf den verschiedensten Gebieten der Bodenkultur als durchaus konkurrenz- und leistungsfähig erwiesen haben, und daß insbesondere die intensive Betriebsweise es war, die unserem Kleinbauernstande es ermöglicht hat, sich in der Zeit der schwersten Krise noch einigermaßen über Bord zu halten. Das Auffallende an der ganzen Entwicklung ist ja überhaupt, daß der Großgrundbesitz unter dieser volkswirtschaftlichen Konkurrenz am schwersten gelitten hat; der Kleinbauernstand hat verhältnismäßig wenig darunter gelitten. Ich werde später auf die Gründe hierfür zurückkommen.

Der Großgrundbesitz in Deutschland führte einen Verzweiflungskampf gegenüber der Alternative, ob der hochintensive Klein- und Mittelbetrieb in Deutschland vorherrschend sein und eine dementsprechende Agrarpolitik verfolgt werden solle, oder ob man zum ganz extensiven Großbetriebe zurückkehren solle. Ich halte es für vollständig ausgeschlossen, daß wir in Deutschland die Agrarpolitik, die zur Zeit maßgebend und herrschend ist, noch lange fortsetzen können, wenn wir nicht in die schwersten wirtschaftlichen Verwicklungen und Schädigungen uns hineinarbeiten wollen. Der Angelpunkt der ganzen deutschen Agrarpolitik liegt darin, ob wir den intensiven Kleinbetrieb fördern oder den extensiven Großbetrieb künstlich erhalten wollen. Ich glaube, Jeder, der sich mit dieser Frage beschäftigt hat, wird zu der Ueberzeugung gekommen sein müssen, daß wir den extensiven Großbetrieb auf die Dauer nicht künstlich halten können, und zwar nicht bloß aus wirtschaftlichen Gründen sondern auch aus politischen Gründen. Denn diese künstliche Erhaltung des Großgrundbesitzers auf Kosten der breiten Massen des Volkes bedeutet gar nichts anderes als die Stärkung der Reaktion im politischen Leben, die Uebermacht der Junker in der deutschen Reichspolitik.



Es war keiner der schlechtesten Schachzüge der deutschen Großgrundbesitzer, als sie anfangs der 90er Jahre den Bund der Landwirte gründeten und damit die Masse der Kleinbauern vor ihren eigenen Karren spannten. Nur dadurch war es möglich, daß eine solch törichte Politik wie die Agrarpolitik der letzten Jahre einen solchen Anhang im Kleinbauernstande gewinnen konnte. Es war das aber auch nicht wunderbar, schon mit Rücksicht darauf, daß die bürgerlichen Parteien diesem Ansturm gegenüber sich in gar keiner Weise gewachsen gezeigt haben. Das Zentrum war wieder die einzige bürgerliche Partei, die die Situation erfaßt hatte und seine eigene zentrumskatholische Agrarpolitik inaugurierte, während alle anderen Parteien, die nicht den Mut hatten, gegenüber dieser kolossalen Bewegung des Bundes der Landwirte energisch Stellung zu nehmen, einfach mit Haut und Haaren von dieser Bewegung aufgefressen wurden. Die nationalliberale Partei war zu einem weitaus großen Teile gegenüber dem Bunde der Landwirte geradezu tributpflichtig. Neuerdings geht ja die Bewegung wieder etwas rückwärts; allein man hätte schon von vornherein alles verhüten können, wenn man rechtzeitig unter der Bauernschaft die nötige Aufklärung verbreitet hätte, wenn man rechtzeitig das getan hätte, was unter den obwaltenden Verhältnissen notwendig gewesen wäre.

So aber wurde die Parole für die Landwirtschaft der Zollschutz, und zwar der möglichst hohe Zollschutz, und jeder, der nicht für den Zollschutz eingetreten ist, wurde ohne weiteres zum Feinde der Landwirtschaft gestempelt, ganz unbekümmert darum, ob er auf den verschiedensten anderen Gebieten Vorschläge zum Wohle der Landwirtschaft machte oder nicht. Diese Zollschutzpolitik war die ungeheuerlichste Täuschung, die man je unserem Kleinbauernstande in Deutschland bereitet hat. Und wenn man sich auch vielleicht der Hoffnung hingeben zu können glaubt, daß man durch die augenblicklichen hohen Preise für landwirtschaftliche Produkte auch der kleinen Bauernschaft noch Fürsorge schenkt, meine feste Überzeugung ist, nur noch wenige Jahre werden ins Land hinausgehen und die Kleinbauernschaft wird sich überzeugt haben, daß man ihr ein sehr schlechtes Geschenk gemacht hat, daß man ihr zwar etwas gegeben aber ihr gleichzeitig noch mehr genommen hat.

Ich habe hier eine Notiz des „Pfälzer Boten“ — man kann sein Material gegen den Zolltarif gegenwärtig sogar aus agrarischen Zeitungen schöpfen —, die lautet: „Ein kostspieliger Artikel ist zurzeit der Hafer. Der Doppelzentner gilt jetzt 22—24 Mark, ein Preis, wie er noch nie dagewesen sein dürfte. Zum Teil schlechte Ernte, dann die Spekulation und als Grundunterlage der Zoll, das sind die Punkte, welche die Preiserhöhung veranlassen. Bei uns wird kaum ein Fünftel gepflanzt von dem, was verbraucht wird. Kein Wunder, wenn niemand mehr Pferde halten will, zumal auch gute Knechte und Kutscher teuer und zudem noch selten geworden sind.“ Das ist der Segen des Zolltarifes für diejenigen, die Pferde besitzen und die nicht in der Lage sind, ihre nötigen Futtermittel selbst zu bauen! Und vor wenigen Tagen hat das Amtsblatt des sächsischen Landeskulturrats eine Notiz veröffentlicht, aus der zu entnehmen ist, daß die Bauern zwar auf der einen Seite höhere Preise für ihre landwirtschaftlichen Produkte erzielt hätten, daß aber auf der andern Seite alles das, was sie notwendigerweise einkaufen müßten, ebenfalls teurer geworden sei, und daß es noch sehr die Frage sei, ob sie mehr ausgeben oder ob sie mehr einnehmen. Und mir wurde in den letzten Wochen von den verschiedensten Seiten mitgeteilt, daß in unseren Landgemeinden draußen die Umlagen noch nie so schlecht hereingekommen seien, wie in diesem Jahre, in dem angeblich

der erste Segen des Zolltarifs auf die Landwirtschaft niedergegangen ist. Die Bauern haben nicht rechnen gelernt, sie haben zwar mehr Einnahmen, sie sind aber nicht zurückgegangen in ihren Ausgaben, und wenn noch ein paar Jährchen herum sind und sie hinter dieses ganze Täuschungsmanöver gekommen sind, das ihnen die Demagogen des Bundes der Landwirte vorgemacht haben, dann habe ich das feste Vertrauen zu ihnen, daß sie diese Demagogen einmal aus den Dörfern hinausjagen werden!

Die überseeische Konkurrenz wirkt ganz hauptsächlich da, wo der Körnerbau in Frage kommt. Bei uns in Baden ist der Körnerbau überhaupt nicht von der Bedeutung, wie auf dem letzten Landtage behauptet wurde. Das läßt sich statistisch ohne weiteres auch für denjenigen nachweisen, der nie mit der Landwirtschaft etwas zu tun gehabt hat, das geht auch aus allen den Werken hervor, die die bedeutendsten Agrarpolitiker in Deutschland selbst geschrieben haben. Verkauften kann doch nur derjenige, der etwas übrig hat. Es gibt aber auch Leute, die verkaufen, wo sie nichts übrig haben; diese haben aber keinen Vorteil von den hohen Preisen, denn sie verkaufen nur, wenn sie notwendig Geld brauchen, nachher müssen sie aber dieselben Produkte wieder einkaufen und das, was sie nachher dafür bekommen haben, wieder drauflegen, wenn sie nicht gar noch mehr bezahlen müssen.

Dann darf man auch nicht vergessen, daß durch diese Zollpolitik eine künstliche Verteuerung herbeigeführt wird, und zwar eine Verteuerung, die in wenigen Jahren denjenigen zum Schaden gereichen wird, die heute einen scheinbaren Vorteil haben. Das Hauptübel der deutschen Landwirtschaft sind die hohe Grundrente und der hohe Bodenpreis. Dieses Übel wird aber geradezu künstlich gefördert durch die Agrarpolitik, wie sie in den letzten Jahren inauguriert wurde; denn es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die künstliche Verteuerung der Agrarprodukte auf den Preis des Grund und Bodens zurückwirkt und daß in wenigen Jahren alles das, was man jetzt der Landwirtschaft hat zugute kommen lassen, in den Grund und Boden, in den Preis des selben versenkt sein wird (Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Wir lesen ja jetzt schon, daß bei dem Verkauf großer Güter in Ostelbien geradezu h o r r i b l e Preise verlangt werden. Wer heute die teuern Preise bezahlt, hat schon jetzt von diesen erhöhten Zöllen keinen Vorteil mehr; und wenn erst noch einige Jahre ins Land geflossen und solche Güterverkäufe in größerer Zahl vor sich gegangen sein werden, dann werden die Agrarier wieder den Mund bis hinter die Ohren aufreißen und nach noch höheren Zöllen schreien, weil die jetzigen nicht dauernd abhelfen können. So ist die Zollschraube eine Schraube ohne Ende, die nicht zu gesünderen Agrarverhältnissen hinführt, sondern die das Übel nur verschlimmert, ohne irgend etwas Gutes zu schaffen. Auch die Pächter haben natürlich nur scheinbare Vorteile; denn in dem Augenblick, wo die Preise der Produkte höher werden, werden die Besitzer auch den Pachtpreis erhöhen. Es werden also immer nur die Großgrundbesitzer selbst sein, die selbst nichts oder sehr wenig arbeiten, die allein Vorteile von diesen kolossalen künstlichen Preissteigerungen haben.

In B a d e n haben wir nun vorzugsweise eine kleine Landwirtschaft. Bei uns spielt der Großgrundbesitz sozusagen gar keine Rolle. Nach Buchenberger fängt die Verkaufsmöglichkeit von Getreide erst bei einem Besitze von durchschnittlich 5 Hektar an. Es gibt natürlich auch Gegenden, wo man schon bei 3 oder 4 Hektar einen Ueberfluß über den eigenen Bedarf erzielt, teilweise schon bei 1 oder 2 Hektar, namentlich in der Nähe der großen Städte. Allein das sind seltene Ausnahmen, die man nicht zu Grunde legen darf, wenn man sich über die tatsächlichen



Verhältnisse ein Urteil bilden will. In der Hauptsache beginnt in Baden der Ueberschuß über den eigenen Bedarf hinaus erst bei einem Besitze von 5 Hektar Land. Wenn Sie sich man aber die Statistik ansehen, finden Sie sofort, daß der allergeringste Teil unserer Bauernschaft in der Lage ist, über 5 Hektar Land zu verfügen; der weitaus größte Teil besitzt sogar unter 3 Hektar.

In Baden sind unter hundert Betrieben 54,7, die von 2 ha abwärts, und 29,3, die zwischen 2 und 5 ha besitzen, das sind also über 80 Proz. sämtlicher Betriebe, die unter 5 ha Land besitzen, und die in der Hauptsache von vornherein bei einer Spekulation auf die Getreidezölle ausscheiden. Aber auch bei den übrigen, bei denjenigen, die über 5 ha besitzen, ist der Vorteil wirklich noch außerordentlich gering, zu gering, als daß man auf ihm eine solche Agrarpolitik aufbauen könnte, wie wir sie in den letzten Jahren getrieben haben.

Ich lege bei meinen Ausführungen Tatsachen zugrunde, die Herr Dr. Hecht in seinem bekannten Werke festgelegt hat. Ich weiß ja nun wohl, daß die Agrarier diesen Herrn Dr. Hecht spöttisch belächeln, und daß sie sagen: Das ist doch keine Autorität. Ja, das lasse ich gelten in dem Augenblick, wo Sie mir einmal kommen und anderes besseres Material zur Verfügung stellen; ich bin jederzeit der Belehrung zugänglich; ich lasse mich auch von einem Bauernbändler belehren, wenn er nur mit dem nötigen Material, wenn er nur mit Unterlagen kommt. Wenn er aber bloß mit Redensarten operiert, ohne irgend welche praktischen Beweise vorbringen zu können, dann lasse ich mich allerdings von ihm nicht belehren. Das Material, das Herr Dr. Hecht in seinem Werk zusammengestellt hat, ist ein ganz eigenartiges Material, wie wir es von keinem andern Land in Deutschland besitzen, und zudem ein Material, das auf amtlichen Untersuchungen beruht, das also jedenfalls nicht willkürlich zusammengestellt ist. Was ersehen wir daraus? Wir ersehen daraus, daß von hundert brotfruchtbauenden Betrieben ein ganz großer Teil nicht einmal seinen eigenen Bedarf erzielt, also noch zukaufen muß, daß ein ganz erheblicher großer Teil gar keinen Ueberschuß über den eigenen Bedarf hinaus erzielt, und daß schließlich derjenige Teil, der einen solchen Ueberschuß erzielt, also verkaufen kann, einen geradezu verschwindend geringen Prozentsatz darstellt. Und zwar ist das in den einzelnen Bezirken verschieden: Im Oberrhein ist der Prozentsatz derjenigen, die Brotfrucht bauen und nichts zu verkaufen haben 56,1 Proz., im südlichen Schwarzwald 51,1 Proz., im mittleren Schwarzwald 70 Proz., in der Gegend von Schönbühl gar 92,7 Proz.! Nun ist die Gegend von Schönbühl eine solche, wo die Industrie vorherrschend ist. Ich muß sagen, man steht wirklich vor einem Rätsel, wenn man sehen muß, daß diese halb ausgehungerten Industriearbeiter, wie man sie da oben Schritt für Schritt sieht, Opfer der Demagogie des Bundes der Landwirte werden und einen Oswald wählen können, der noch höhere Zölle will. Da sieht man wieder, was in bezug auf die Aufklärung des Volkes noch geleistet werden muß; wenn diese Arbeiter auch nur einen Funken von volkswirtschaftlichem Verständnis hätten, dann hätten sie die Zumutung, für einen Oswald, für einen Handlanger der agrarischen Demagogie zu stimmen, entrüstet von sich gewiesen und die Leute, die das verlangt hätten, ausgelacht.

Etwas zu verkaufen haben ungefähr 28,7 Proz. der Brotfrucht bauenden Familien in Baden (Zuruf aus dem Zentrum: Wissenschaft!). Sie sagen „Wissenschaft!“! Sie können ruhig eine andere Wissenschaft vorbringen (Abg. Fröhlich: Sehr richtig!). Ich trage vor, was mir bekannt ist; Sie haben das Recht, das Gegenteil zu sagen. Ich schäme mich der Wissen-

schaft, die ich gelernt habe, nicht. Ich sage also: Es sind im ganzen 28,7 Proz. aller Brotfrucht bauenden Familien in Baden, die etwas zu verkaufen haben. Von diesen 28,7 Proz. hat aber weitaus der größte Teil nur ein ganz geringes Quantum zu verkaufen, ein Quantum, das für den Verkauf und den Ueberschuß, der dabei erzielt wird, fast kaum in Betracht kommt. Bei 96 Proz. aller Brotfrucht bauenden Familien, die auch verkaufen, ist das Quantum des Verkaufs unter 100 Zentner, bei 84 Proz. unter 50 Zentner, und bei 50 Proz. sogar unter 20 Zentner — und da kommt man und will uns vormachen, welche ungeheures Interesse unsere badische Landwirtschaft an einem höheren Getreidezolle hat (Abg. Fröhlich: Sehr richtig!). Die Landwirtschaft selbst in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit hätte vielmehr das allergrößte Interesse daran, gegen eine derartige Zollpolitik aufs allerentschiedenste Front zu machen.

Ich selbst war Zeuge (ich habe das schon auf dem letzten Landtag gesagt), daß ein Herr vom Zentrum in einem unbewachten Augenblick die Aeußerung getan hat: „Der Zolltarif nützt unserer badischen Landwirtschaft keinen Deut.“ Damit war die ganze Situation ganz richtig und zutreffend gekennzeichnet, und es ist nur zu bedauern, daß weder jener Herr noch seine Parteifreunde aus dieser Tatsache die nötigen Schlussfolgerungen gezogen haben.

Daß in der deutschen Landwirtschaft ganz andere landwirtschaftliche Produkte eine Rolle spielen, das hat dieser Tage niemand anders zugestanden als gerade die „Deutsche Tageszeitung“, indem sie auf den bedeutenden Konsum von Milch und auf die Bedeutung, welche die Milchherzeugung für die deutsche Landwirtschaft hat, aufmerksam machte. Ich selbst war erstaunt, daß die Milchherzeugung eine so ungeheure Bedeutung in der deutschen Volkswirtschaft, namentlich in der Landwirtschaft, haben kann. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Nach der Ermittlung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft hat der Wert der deutschen Milchherzeugung im Jahre 1906 rund 2642 Millionen Mark betragen, mehr als das Ergebnis der gesamten Brotgetreideernte mit 2253 Millionen Mark. Die Werte aller Bergwerkserzeugnisse Deutschlands und aller Hütten-erzeugnisse standen insgesamt mit 1681 Millionen M. weit hinter dem Werte der Milchproduktion zurück; diese muß heute als der reichste Erwerbszweig in Deutschland bezeichnet werden (Abg. Fröhlich: Sehr gut!).“ Diesen Erwerbszweig in Deutschland, die Milchherzeugung, haben die Agrarier durch Erhöhung der Zölle auf die Futtermittel in der denkbar größten Weise geschädigt. (Zuruf des Abg. Schmidt-Bretten.) Ich sage, man hat die Futtermittel verteuert. Sind etwa die Futtermittel, die heute unsere Bauern von den Brauereien beziehen, nicht teurer geworden? (Abg. Schmidt-Bretten: Nein!) Nicht? Fragen Sie doch mal den Herrn Kollegen Franz, der wird Ihnen die entsprechende Antwort schon geben. Die Bierbrauer werden doch nicht deshalb, weil sie für ihre Gerste mehr zahlen müssen, die Futtermittel an die Landwirtschaft billiger abgeben? Diese suchen auch herauszuschlagen, was sie können! Sie (zu den Konservativen gewendet) streiten das natürlich ab. Sie bringen das Alles fertig. Sie machen aus „weiß“ „schwarz“ und aus „schwarz“ „weiß“ und werden dabei noch nicht einmal rot (Heiterkeit).

Präsident Fehrenbach (unterbrechend): Ich will annehmen, daß der Herr Redner damit nicht auf eine diesem Hohen Hause angehörige Persönlichkeit abheben wollte.

Abg. Kolb (fortfahrend): Ich meine die Agrarier im allgemeinen (Heiterkeit).



Ich sage also: Die Verteuerung der Futtermittel hat der Milchwirtschaft ganz ungeheuer geschadet. Sie schadet auch jetzt unseren Bauern draußen im Lande. Land auf, landab hören wir die Klagen über die teuren Futtermittel. Ja, das Ausland kann uns schon billige Futtermittel liefern, wenn wir sie nur nicht mit hohen Zöllen belegen.

Nun sagt man, die Landwirtschaft hat unter der allgemeinen Entwicklung überhaupt gelitten. Ja, es gibt auch noch andere Berufsweige, die unter dieser weltwirtschaftlichen Entwicklung, die ja kolossal rapide war, gelitten haben. Es ist aber nicht richtig, daß die Landwirtschaft in dem Maße gelitten hat, wie es die Agrarier fortwährend behaupten. Im Gegenteil hat auch die Landwirtschaft an den großen Ertragsleistungen des 19. Jahrhunderts ihren ganz erheblichen Anteil. Es ist nicht richtig, daß der Bauer heute schlechter lebt als vor 50 Jahren, sondern es ist Tatsache, daß er besser lebt. Wenn man behauptet, er lebe schlechter, so ist die Behauptung genau so unwahr, als wenn behauptet würde, daß der Arbeiter heute schlechter lebe als vor 50 Jahren. Der Arbeiter lebt nur im Verhältnisse zur heutigen Zeit schlecht, aber doch ganz bedeutend besser, als vor 50 Jahren. Die Zeit ist nicht spurlos an den Verhältnissen der Arbeiter vorübergegangen, und das trifft auch auf die Landwirtschaft zu.

Man verweist darauf, daß die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte zurückgegangen sind. Das ist richtig. Sind aber nicht die Preise für so und so viele Hunderte und Tausende anderer Artikel, die im Handel sind, auch zurückgegangen? Ist nicht unsere ganze Industrie darauf aufgebaut, daß fortwährend der Preis reduziert und damit der Massenkonsum erhöht wird, daß man aber das Minus, welches auf der einen Seite herauskommt, dadurch wieder wettzumachen sucht, daß man die Intensität des Betriebes, die Menge der Produkte steigert? Das ist der Weg, den auch die Landwirtschaft gehen muß. Auch die Landwirtschaft hat in dieser Beziehung schon ganz außerordentlich günstige Erfahrungen gemacht. Wir hören aber in der Agitation niemals etwas davon. Der Herr Kollege Schmidt-Bretten hat vor wenigen Tagen die Interpellation über den Rückgang des Cichorienbaues begründet. Er hat uns auseinandergesetzt, wie der Preis für die Cichorie zurückgegangen sei. Er hat aber dann nicht hinzugesetzt, daß man heute auf demselben Grund und Boden ein Drittel des Quantum mehr erzieht, als man früher darauf gewonnen hat, und daß, wenn der Preis etwas zurückgegangen ist, damit noch lange nicht gesagt werden kann, daß der Cichorienbau unrentabler geworden sei.

Ich habe in einem Werk, das ich zur Verfügung habe, das aber leider keine neuesten Statistiken enthält, Zahlen gefunden, die außerordentlich interessant sind. Darnach war das durchschnittliche Ernteergebnis in Deutschland in bezug auf den Roggen in den Jahren 1881/83 9,87 Doppelzentner, in den Jahren 1894/96 11,67 Doppelzentner; in bezug auf Weizen in den Jahren 1881/83 12,5 Doppelzentner, in den Jahren 1894/96 15,1 Doppelzentner; in bezug auf Kartoffeln in den Jahren 1881/83 81 Doppelzentner, in den Jahren 1894/96 98,97 Doppelzentner. Das bedeutet im Durchschnitt eine Steigerung um 17,22 Prozent. Das muß man doch auch hervorheben, wenn man gerecht urteilen will. Wenn man aber das hervorhebt, dann muß man natürlich zu ganz anderen Resultaten kommen, als es bei den Agrariern der Fall ist, die immer nur die Schattenseite hervorheben, niemals aber auf die Lichtseite der Entwicklung aufmerksam machen.

Im Jahre 1867 wurden nach den Mitteilungen des Herrn Dr. Hedt in Friedrichstal pro Morgen Land 5 Doppelzentner Tabak erzielt; heute erzielt man ziemlich

das Doppelte, nahezu 10 Doppelzentner. In den 50er und 60er Jahren hat man 8 Doppelzentner Weizen pro Morgen erzielt; heute erzielt man 16—20 Doppelzentner auf demselben Stück Grund und Boden. Das ist doch ein ganz ungeheurer Fortschritt, und wenn die Arbeitslöhne teurer geworden und die sonstigen Ausgaben gestiegen sind, so ist damit noch lange nicht bewiesen, daß es der Landwirtschaft schlechter geht, wenn wie hier auf der andern Seite nachgewiesen werden kann, daß der Ertrag nahezu um das Doppelte gestiegen ist und damit auch die Einnahmen um ein ganz Erhebliches gewachsen sind.

Und damit sind wir noch lange nicht am Ende der Entwicklung angelangt. Im Gegenteil, was die Steigerung der Intensität des Betriebes betrifft, stehen wir in Deutschland erst am Anfang der Entwicklung. In der Praxis sind wir in dieser Beziehung noch sehr zurück, da kann noch ungeheuer viel geleistet werden. Aber nicht zuletzt ist es die Landwirtschaft selbst, die wie auf anderen Gebieten auch hier die die größten Schwierigkeiten bereitet hat. In unserem Bauerntum steckt ein viel zu starker und starrer konservativer Geist, der am Althergebrachten festhält, gegenüber allem Neuen mißtrauisch ist und infolgedessen bei dieser rapiden Entwicklung, die wir durchmachen müssen, fortgesetzt unter die Räder kommt. Und dann steht man hin und schreit und jammert, daß es der Landwirtschaft schlecht geht! Das ist kein Wunder, es geht Jedem andern genau so, wenn er sich hinstellt und gegenüber der Entwicklung die Hände in die Hosentaschen steckt und wartet, bis das Manna vom Himmel herunterfällt.

Wir haben uns hier vor wenigen Tagen über die Warenhaussteuer unterhalten. Da wurde von sachverständiger Seite festgestellt, daß ein tüchtiger Geschäftsmann auch heute noch gegenüber den Warenhäusern konkurrenzfähig bleiben kann, wenn er seinen Betrieb der Neuzeit entsprechend einrichtet, wenn er ihn spezialisiert, wenn er ein tüchtiger Geschäftsmann ist und weiß, wie er das Publikum und wie er seine Waren zu behandeln hat. Wenn er glaubt, mit alten Ladenhütern und alten Ladenanlagen von 50 Jahren zurück ein Geschäft machen zu können, dann befindet er sich im Irrtum, und wenn er da zugrunde geht, so ist er selber daran schuld und nicht die Entwicklung, der er verständnislos gegenübergestanden hat.

In bezug auf die Viehhaltung ist die gleiche Entwicklung zu sehen. Auch sie ist erheblich stärker, als sie früher gewesen ist. Dadurch sind auch die Einnahmen gegen früher erheblich besser geworden. Dabei steht auch hier die Wissenschaft nicht am Ende ihrer Entwicklung, sondern am Anfang, und auch die Praxis ist noch ganz in den Anfangsstadien. Die Bauern stehen der wissenschaftlichen Betätigung in der Landwirtschaft noch ganz mißtrauisch gegenüber. Sie halten vielsach lieber Bittprozessionen ab, noch lieber greifen zu allen möglichen abergläubigen Mitteln, als daß sie hingehen und sich die Ergebnisse der Wissenschaft zunutze machen, um auf diese Weise bessere Resultate zu erzielen. Es gibt noch Tausende und Abertausende von Bauern, die, wenn ein Stück Vieh krank wird, lieber zu einer alten Frau gehen, von der man glaubt, daß sie Wunderdinge verrichten könne, anstatt zur rechten Zeit einen Tierarzt rufen. An den Landwirten selbst liegt also ein großer Teil der Schuld, wenn es weiten Kreisen unserer Landwirtschaft heute noch schlecht geht.

Der Landwirtschaftsbetrieb muß wie gesagt immer mehr auf eine wissenschaftliche Basis gestellt werden. Der Landwirt muß das substantielle Verhältnis zwischen Boden und Pflanze kennen; er muß wissen, was er in den Boden hineinzustrecken hat, wenn er eine entsprechende Menge von Produkten aus diesem Boden herausziehen



will. Er kann nicht einer kapitalistischen Betriebsweise huldigen, die nur darauf hinausgeht, möglichst hohe Gewinne zu erzielen, sondern er muß die Landwirtschaft rational und intensiv auf wissenschaftlicher Grundlage betreiben; dann wird er auf seine Rechnung kommen, dann werden wir wieder gesunden Zuständen entgegengehen. Darauf muß aber auch in der Agrarpolitik Rücksicht genommen werden. Man muß nicht die Interessen der Kleinbauern und Mittelbauern, wie wir sie in Baden, Bayern und Hessen haben, mit den Interessen der Ostelbier in einen Topf zusammenwerfen. Wenn man das tut, dann geht es den Bauern, wie es dem Arbeiter geht, der mit in kapitalistischer Sozialpolitik machen will, wie es bei den gelben Gewerkschaften der Fall ist, die sich heute von den Kapitalisten zur Bekämpfung ihrer Arbeiterkollegen mißbrauchen lassen. Wo gegenteilige Interessen vorhanden sind, soll man sich keine Mühe geben, dieselben zu überbrücken. Wo man es tut, da geschieht es immer zum Nachteil der wirtschaftlich Schwächeren.

Der Bauer muß ein moderner Mensch sein und sich mit den Entwicklungsverhältnissen unserer Zeit vertraut machen. Er muß wissen, daß wir in einer Zeit der weltwirtschaftlichen Entwicklung leben, der man sich nicht entziehen kann, sondern der man sich anpassen muß, und daß man, wenn man es nicht tut, rettungslos verloren ist, daß da nicht der Staat und nicht die Bauernvereine und nicht der Pfarrer mehr helfen können. Daß man aber dieser Entwicklung vielfach noch nicht Rechnung trägt, das werden Sie wohl nicht bezweifeln wollen. Heute noch sieht man auf das größte Mißtrauen, wenn man mit Gedanken kommt, die bei uns neue sind, die andererseits aber schon längst erprobt sind.

Daß in bezug auf die Organisation bei uns außerordentlich viel im Argen liegt, werden Sie auch nicht bestreiten wollen, obwohl unsere Bauernvereine ziemlich stark sind. In bezug auf die Organisation, die am notwendigsten wäre, sind wir noch ziemlich weit zurück. Der Kleinbauer braucht gegenüber der heutigen Entwicklung schon deshalb nicht zugrunde zu gehen, weil er sich in einer viel günstigeren Position befindet als etwa der kleine Gewerbetreibende. Der kleine Gewerbetreibende kann sich die Maschinen, die der Großfabrikant, der Großindustrielle in Anwendung bringt, nicht anschaffen, dazu hat er nicht das Kapital, dazu hat er auch nicht die erforderlichen Einrichtungen. Ganz anders ist es beim kleinen Bauern. Er kann sich fast jede Maschine, die im landwirtschaftlichen Betrieb verwendet wird, zu eigen machen dadurch, daß eine Genossenschaft oder die Gemeinde sie anschafft. Kurzum, er findet überall einen Ausweg, um sich die Neuerungen auf diesem Gebiete zunutze machen zu können. Das wird ja auch in steigendem Maße und mit steigendem Erfolg getan. Die Bauern sehen allmählich, daß mit diesen sogenannten kleinen Mitteln für sie viel mehr zu erreichen ist, als mit den „großen“, die man ihnen angepriesen hat. Es gibt keine Methode der Feldbehandlung, die der Kleinbauer nicht anwenden kann und womit er nicht Erfolge für sich erzielen könnte. Das ist ein ungeheurer Vorteil. Es ist aber geradezu rückständig, wie da in mancher Beziehung bei uns noch gepart wird, auch vom Staat. Eine gute Düngung ist eine *conditio sine qua non* für einen guten Feldbetrieb. In dieser Beziehung ist China uns in Deutschland weit voraus. In China, wo seit vielen Jahrhunderten der Feldbau betrieben wird, erzielt man weit mehr als bei uns, weil man viel weiter vorgeschritten ist, viel peinigender und gewissenhafter ist, und weil der Handel mit Düngemitteln zum größten Handel dort gehört, weil man weiß, wie wichtig nicht nur für die Landwirtschaft,

sondern für das ganze Volk die richtige Düngung der Felder ist. Soweit müssen wir in Deutschland auch kommen. Wir sind zum Teil zurückgekommen, weil wir zu wenig in den Boden hineingetan haben, weil zu viel aus dem Boden herausgenommen wurde, ohne diese Bestandteile wieder dem Boden zu ersetzen.

Was bei uns vor allem notwendig ist, das ist, daß man den Bauern klar macht, wie alle die Fragen, die bei seinem Betrieb und seinem Geschäft mitspielen, mit allen anderen volkswirtschaftlichen Fragen im engsten Zusammenhang stehen. Man kann nicht eine fortschrittliche Agrarpolitik und gleichzeitig eine rückständige Finanzpolitik und eine rückständige Verkehrspolitik betreiben, wie es das Zentrum heute z. B. tut. Wenn wir von der Doppelzüngigkeit des Zentrums gesprochen haben, so haben wir damit keinen persönlichen Vorwurf gegen irgend ein Mitglied der Zentrumsparlei im Hohen Hause erheben wollen. Wir wollten damit vielmehr nur konstatieren, daß bei Ihnen (zum Zentrum) auf allen Gebieten eine Menge von Widersprüchen sich einem Jeden aufdrängen, der die Verhältnisse nicht durch die Zentrumsbrille betrachtet, sondern jede Frage für sich und wieder im Zusammenhang studiert. Es freut mich jedesmal, wenn ich höre, wie die Herren Kollegen vom Zentrum aufstehen und jeder die Wünsche seines Bezirks vorbringt. Einer will eine bessere Zugverbindung haben, ein anderer eine Station, ein anderer eine ganze neue Bahn, ein anderer Unterstützung für einen Rathausbau oder für eine Wasserleitung. Jeder trägt diese Wünsche für sich vor, und jeder hat seine triftigen Gründe dafür. Sobald es sich aber darum handelt, die Kardinalfrage zu entscheiden, ob man es überhaupt finanziell machen kann oder nicht, dann kommt der Fraktionszwang und macht wieder alles zunichte. (Abg. Fröhlich: Sehr richtig!) Sobald es sich darum handelt, den Weg einer richtigen Verkehrspolitik zu beschreiten, der Bureaucratie einen Riegel vorzuschieben, oder eine großzügige Finanzpolitik zu machen, dann kommt das Zentrum und setzt die Bremse an.

Ich behaupte also, daß mit einer rationalen Verkehrspolitik unserer Bauernschaft mehr genügt werden kann als durch alle Zölle, die wir geschaffen haben. Es kann nicht bestritten werden, daß Amerika heute sein Getreide von Newyork nach Mannheim immer noch billiger befördert, besonders als es der deutsche Bauer auf einer kurzen Eisenbahnstrecke tun kann. Und Amerika reagiert auf jede Zollerhöhung mit Herabsetzung der Preise, und jedesmal mit Erfolg. Die amerikanische Einfuhr haben wir durch die Zollerhöhung noch nicht um ein Pfund zurückgedrängt. Wenn aber unser Bauer heute etwas auf den Markt bringen will, werden seine Einnahmen durch die teuren Frachtkosten erheblich verringert, und umgekehrt muß er für alles, was er bezieht, zu teuren Frachtkosten bezahlen. Unsere Tarife nehmen darauf keine Rücksicht. Die Eisenbahn ist doch nicht dazu da, ungeheuere Ueberschüsse zu erzielen, wie es besonders in Preußen geschieht, sondern um das volkswirtschaftliche Bedürfnis und das Verkehrsbedürfnis zu befriedigen. Zu etwas anderem haben wir sie nicht gebaut. Aber auch in der Eisenbahnpolitik sind die Großgrundbesitzer maßgebend geworden, und gerade hier waren es die beiden großen bürgerlichen Parteien, die im letzten Landtag nachgegeben und dadurch den Anfang zum Ruin unserer Volkswirtschaft gemacht haben.

Ich habe die Erfahrung auf dem Lande gemacht — ich halte viele Versammlungen auf dem Lande, ich tue das mit Vorliebe —, daß unsere Bauern meinen eben erwähnten Gedankengängen sehr zugänglich sind, daß sie solche Reden gerne hören. Die Leute verstehen es nach und nach auch, und wehe dem Bauernverein und



dem Bund der Landwirte, wenn die Leute auf dem Lande draußen es einmal in ihrer größeren Mehrheit richtig begriffen haben! Dann haben die Herren ihre Rolle ausgespielt. Der Bauer muß dazu übergehen, nicht so sehr am Hergebrachten festzuhalten, und nur deshalb, weil der Vater und der Großvater Kartoffeln gebaut haben, zu meinen, er müsse nun auch Kartoffel bauen. Wenn er mit dem Kartoffelbau nicht mehr zurecht kommt, muß er etwas anderes anbauen. Das hat man ja auch vielfach schon mit größtem Erfolg getan. Der Herr Kollege Neck hat vorhin auf den Gemüsebau hingewiesen. Wie sehr liegt er bei uns noch im argen, obgleich wir genug Gegenden haben, wo die klimatischen Verhältnisse und die Bodenbeschaffenheit ganz geeignet dafür sind. Die Hoteliers in Baden-Baden müßte ihr Gemüse zu teuren Preisen vielfach aus Elsaß-Lothringen und Frankreich beziehen (Sehr richtig!) und noch den Zoll bezahlen; bei uns kann der Arbeiter, weil der Preis zu hoch ist, noch sehr wenig Gemüsekost zu sich nehmen, er kann sich diesen Luxus nur ganz selten leisten.

Jede rationelle Agrarpolitik muß eine Sozialpolitik sein. Die Bauern haben das größte Interesse daran, daß der Arbeiter sozial gehoben wird, denn damit wächst dessen Konsumfähigkeit und auch die Möglichkeit für ihn, den Bauern etwas abzukaufen und ihm etwas mehr dafür zu bezahlen, als bisher für die Produkte bezahlt worden ist. Wenn Sie aber eine Agrarpolitik verfolgen, die nur eine künstliche Verteuerung hervorruft, die den Arbeiter zwingt, sich auf die allernötigsten Bedarfsartikel zu beschränken, dann hat auch der Bauernstand schweren Schaden davon! Sehen Sie unser Budget an, auf jeder Seite sehen Sie die Bemerkung, daß wegen Erhöhung der Lebensmittelpreise eine um so und so viel höhere Summe eingestellt werden mußte. Nun, daran müssen die Bauern doch auch wieder mitbezahlen. Oder glauben Sie, daß sie verschont bleiben von den ungeheuren Mehrkosten, die durch die künstliche Verteuerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel entstehen? Wir wollen den Bauern auch helfen, aber auf andere Weise. Der Bauer soll auch nach unserem Willen für seine Produkte mehr bekommen als bisher, aber nicht auf künstliche Weise, sondern im Rahmen der natürlichen Entwicklung. Der Bauer soll vor allem dasselbe befolgen, was die Andern befolgt haben, er soll durch organisatorischen Zusammenschluß seinen Stand kräftigen, und er soll seinen Betrieb ausbauen, wie es notwendig ist, um eine größere Menge von Produkten zu erzielen. Der Bauernstand kann sich wahrhaftig nicht beklagen, daß er bisher vernachlässigt worden wäre. Ich meine, für den Bauern wird in unserem Staatswesen außerordentlich viel getan; nicht bloß mittels dessen, was zahlenmäßig im Budget steht, sondern auch sonst ist man überall bemüht, den Bauern zu helfen, wo man kann. Ich erinnere Sie nur an die Wirksamkeit der Phrophylaxe gegenüber den Schädlingen bei den Tieren und den Pflanzen; was da dem Bauernstand geleistet wird, das läßt sich nicht immer zahlenmäßig niederschreiben, es würde aber, wenn das möglich wäre, eine ganz ungeheure Summe ausmachen. Leider sind es die Bauern selbst, die vielfach Widerstand leisten, wenn ihnen geholfen werden soll, die am Althergebrachten festhalten und sich lieber auf ihren Aberglauben verlassen, anstatt einen Tierarzt zuziehen und sich alles das zu Nutzen machen, was die Wissenschaft vorschreibt.

Es ist hier in den Verhandlungen das Genossenschaftswesen gestreift worden, und das ist der Angelpunkt der ganzen zukünftigen Agrarpolitik. Es muß Jedem betruben, der es mit diesen Bestrebungen ehrlich meint, wenn er sieht, wie auf diesem Gebiete die Parteigegegensätze aufeinander plagen, wie die einzelnen bürgerlichen Par-

teien glauben, hier separat gehen zu können. Da müssen die katholischen Bauern besonders organisiert werden, die nationalliberalen Bauern müssen besonders organisiert werden usw., und diese verschiedenen Richtungen bekämpfen einander und legen auf diese Weise die ganze Bewegung lahm. Was soll aus einem rationellen Ausbau der Landwirtschaft werden, wenn man sich hier in bezug auf die Organisationen nicht einig ist? Daß auf diese Weise etwas gutes erreicht wird, das ist ganz undenkbar. Alle Einrichtungen auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens wirken in erster Linie zum Schutze und zum Segen des Bauernstandes und zwar, ohne Andern zu schaden. In der Beziehung sind uns andere Staaten schon weit voraus, ich kann da nur wieder auf Dänemark verweisen, wo geradezu glänzende Verhältnisse auf diesem Gebiete bestehen. Dort hat man aber auch ganz andere Schulen! Das ganze Land ist geradezu übersät mit einem Netz von landwirtschaftlichen Hochschulen! Sehen Sie auch den dänischen Arbeiter an und vergleichen Sie ihn dann mit unseren deutschen! Ich habe seinerzeit in der Schweiz die Gelegenheit gehabt, solche dänischen Arbeiter kennen zu lernen, und ich war erstaunt über ihre Intelligenz, aber ihre Tüchtigkeit; sie waren durchaus Spezialisten auf ihrem Gebiete, und da sie deshalb hervorragend Tüchtiges leisteten, konnten wir deutsche Arbeiter nicht konkurrenzieren; so ist es auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft! Die dänische Landwirtschaft hat keinen Pfennig Zölle, und sie steht doch blühend da.

Wie lange wird es noch dauern, und die Bauern werden nicht dabei bleiben, sich in Genossenschaften zusammen zu schließen, sondern sie werden auch dazu übergehen, eigene Genossenschaftskätereien, eigene Metzgereien auf genossenschaftlicher Grundlage zu errichten? Die Entwicklung liegt ja sehr nahe, sie liegt allen denen klar vor Augen, die sehen wollen. Da finden wir wieder die Widersprüche, die sich diejenigen zu Schulden kommen lassen, welche reaktionäre Tendenzen unterstützen. Der Bauernstand wird aber in dieser Richtung weiter arbeiten, er wird immer mehr dazu übergehen müssen, die parasitäre Existenz des Zwischenhandels endlich einmal auszuscheiden. Man muß auch in dieser Richtung konsequent sein. Das Genossenschaftswesen hat überall das Ziel der Organisation der Produktion und Konsumtion usw., und da muß Hand in Hand gearbeitet werden. Die dänischen Bauern sind schon heute so weit, daß sie mit den englischen Arbeitergenossenschaften in direkte Handelsbeziehungen treten, sie haben sogar eigene Schiffe auf dem Meere. In Belgien ist man eben daran, seitens der Arbeitergenossenschaften eigene Handelsschiffe zu bauen. Dasselbe muß man auch bei uns tun, die Arbeiter müssen mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften in Verbindung treten, um jenen Zwischenhandel auszuschalten, der so ungeheure Summen aus der Volkswirtschaft zieht, ohne daß er volkswirtschaftlich nützliche Arbeit leistet. Wenn man dagegen kämpft, so kämpft man nicht gegen den Mittelstand an sich, sondern gegen die Existenzen, die volkswirtschaftlich schädlich geworden sind.

Wie steht es auf dem Gebiete des Geld- und Kreditwesens? Ist da nicht Schönes geleistet worden, und was kann auf diesem Gebiete noch zum Vorteil der Landwirtschaft geleistet werden, wenn man die vorhandenen Einrichtungen immer weiter ausbaut? Auf diesem Gebiete wird man unserer Landwirtschaft in einem Jahre mehr nützen, als man ihr in 10 Jahren mit dem Zolltarif nützen kann. Es wird gar nicht mehr lange dauern, dann werden die Arbeiter und die Bauern Hand in Hand gehen, sie müssen das tun, die Entwicklung zwingt sie förmlich dazu, und dann werden diejenigen ausgeschaltet werden, die künstlich einen Keil zwischen die Bauernschaft und die Arbeiterschaft



weiben. (Abg. Schmidt-Bretten: das sind Sie!) Nein, wir nicht! Das, was ich hier ausführe, ist doch wahrhaftig nicht so, als werde dadurch ein Keil zwischen die Bauernschaft und die Arbeiterschaft getrieben! Sie (zu den Konservativen) treiben den Keil hinein. Sie haben vielleicht nicht die Absicht, das will ich gar nicht behaupten, aber was Sie tun, das läuft im Erfolg darauf hinaus, daß Sie einen Keil zwischen die Bauernschaft und die Arbeiterschaft treiben! Oder glauben Sie, der Arbeiter gibt sich dazu her, daß künstlich alle Lebensmittel, alle Bedarfsmittel verteuert werden, daß sein soziales Niveau heruntergedrückt wird? Das werden Sie nie erreichen! Wenn aber der Arbeiter sieht, daß der Bauer denselben Weg marschiert, den auch er marschieren muß, nämlich den Weg der Genossenschaft, der Organisation, dann reicht der Arbeiter dem Bauer freudig die Hand und geht mit ihm zusammen, und dann werden alle diejenigen unterliegen, die sich heute als die angeblich einzigen Freunde der Bauernschaft aufspielen. In Dänemark haben die Bauern schon heute über 1000 Konsumvereine, und über 700 dieser Konsumvereine sind schon in einer großen Einkaufsgenossenschaft organisiert. Wie lange, glauben Sie, wird es noch dauern, und alle Konsumvereine werden sich im Reiche zu einer großen Einkaufsgenossenschaft zusammenschließen, und werden dem Kapitalismus Paroli bieten und auch zur eigenen Produktion übergehen können? Damit wird wiederum ein Gebiet für die Idee des Sozialismus gewonnen. So geht er Schritt für Schritt vorwärts, Sie können machen, was Sie wollen, Sie haben wohl uns gegenüber die Mehrheit, aber sonst gar nichts! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Die Entwicklung ist auf unserer Seite, und Sie mögen sich bei den Wahlen bekümmern, Sie mögen uns einmal auch die Hälfte unserer Mandate wegnehmen oder andere Vorteile erringen, aber damit werden Sie die Zuversicht zu unseren Bestrebungen uns nicht rauben können, weil wir festest überzeugt sind von der Richtigkeit der Ziele, die wir vor Augen haben, und auf die unsere ganze Tätigkeit gerichtet ist!

Ich will auch noch ein anderes Gebiet behandeln, das zwar nicht direkt, aber indirekt der Landwirtschaft Hilfe bringt. Wir haben im vorigen Jahre hier eine großartige landwirtschaftliche Ausstellung gehabt, und da hat nicht bloß der Laie sehr viel Neues und Wünschenswertes geschaut und sich außerordentlich darüber gefreut, sondern noch viel mehr der Fachmann, der von allen diesen Dingen etwas verstanden hat. Ich will zwar nicht sagen, daß man jedes Jahr eine Ausstellung in diesem Umfang veranstalten soll, aber es wird nichts schaden, wenn solche Ausstellungen in kleinerem Umfang, vielleicht auch spezialisiert, öfter stattfinden würden. Ein derartiger Anschauungsunterricht ist von großer Bedeutung. Nirgends steht der Bauer die Erfolge, die auf landwirtschaftlichem Gebiete erreicht werden, so deutlich vor Augen, als das hier der Fall ist. Die Dänen beispielsweise sind in dieser Beziehung auch schon weiter, sie haben eine ständige landwirtschaftliche Ausstellung, in der immer die neuesten landwirtschaftlichen Maschinen ausgestellt werden, so daß der Bauer immer weiß, was auf dem Gebiete Neues geleistet worden ist, und was er auf dem Gebiete zum Vorteil seines Betriebes einführen kann.

Es ist auch auf den Weinbau hingewiesen worden, und da hören wir von einem Vertreter eines Weinbaubezirkes die Klage, daß die Bauern im Oberland ihren Wein nicht fortbringen, und zwar den besten Wein, den sie haben. Wir hier in Karlsruhe zahlen 30 oder 40 Pfennig und bekommen dann dafür Essig statt Wein. Wir wären froh, wenn wir einmal ein gutes Viertel Wein bekommen könnten! Da müßten wir schon sehr gut in Karlsruhe bekannt sein, um die Wirtschaften ausfindig machen zu können, die ein einigermaßen gutes  $\frac{1}{4}$  Wein zu

30 oder 40 Pf. ausgeben! (Heiterkeit.) Woran fehlt es hier? Zunächst einmal natürlich an gesetzgeberischen Maßnahmen, die vorgeschlagen worden sind, und wofür wir selbstverständlich jederzeit zu haben sind. Aber dann fehlt es in der Hauptsache auch an der Organisation des Absatzes. (Abg. Fröhlich: Sehr richtig!) Jeder Bauer ist auf sich angewiesen, er hat gar keinen Einfluß auf den Absatz, er muß warten, bis irgend einmal einer kommt und ihm etwas abnimmt. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß, wenn in unserem badischen Lande die Absatzgenossenschaften bei den Wintern Eingang gefunden haben, dann die Bauern die Not nicht mehr haben, die sie heute haben. In der ganzen Welt hat man „Affentaler“ trinken können, in Berlin allein mehr, als in Affental in zehn Jahren wächst. Es hat einfach jeder den Rotwein zum Affentaler gemacht! Wer merkt denn in Berlin den Unterschied zwischen einem echten Affentaler und einem nachgemachten Affentaler? (Abg. Schofer: Jetzt ist's anders!) Ja, ich war vor zwei Jahren oben, ich habe mich mit den Leuten ausgesprochen und habe gesagt: Ich wundere mich, daß Ihr auf die Idee des gemeinschaftlichen Absatzes noch nicht gekommen seid. (Abgeordneter Schofer: Sie sind aber nicht die Ursache davon!) Ich mache mir das Verdienst daran gar nicht an. Ich sage nur, daß ich mich mit den Leuten darüber unterhalten habe. Der Herr Pfarrer hat das gemacht, das weiß ich. Ich lobe mir eine solche Tätigkeit der Geistlichen. Das ist jedenfalls viel gescheiter, als wenn ein Geistlicher auf die Kanzel hinaufsteht und den Leuten sagt, sie sollen den „Volksfreund“ nicht lesen! (Große Heiterkeit.)

Daselbe trifft inbezug auf unseren Obstbau zu. Unser Obstbau in Baden würde sich zweifellos noch viel besser rentieren, wenn der Absatz genossenschaftlich besser organisiert wäre, wenn die Eisenbahntarife billiger wären und auf diese Weise der Absatzmarkt erweitert werden könnte. Heute ist er beschränkt! Und so ist es auf allen Gebieten! Nehmen Sie die Viehzucht, nehmen Sie die Eiergegenossenschaften, nehmen Sie die Geflügelzuchtgenossenschaften! Überall haben wir gesehen, daß mit diesen Mitteln etwas erreicht werden kann, daß der Bauer vorwärts kommt, ohne daß Andere geschädigt werden.

Ich komme zum Schluß und sage: Wir sind garnicht die Bauernfeinde, als die man uns fortwährend darstellt und verschreit, sondern wir sind wirklich ehrlich und redlich bestrebt, der Bauernschaft zu helfen. Wir müßten ja töricht sein, wenn wir das nicht wollten (ich habe das schon am Eingang meiner Ausführungen gesagt), denn wir brauchen die Bauern so notwendig, wie wir die Arbeiter brauchen, wenn wir im Staate, in der Gesellschaft die Mehrheit bekommen wollen und damit den nötigen Einfluß, um die Gesetzgebung so zu gestalten, daß sie der Entwicklung nicht mehr im Wege steht, der Entwicklung, die notwendigerweise durchgemacht werden muß! Und wenn Sie (zum Zentrum) heute noch lachen, weil Sie 28 sind und wir bloß 12 (Heiterkeit), so will ich Ihnen nur das Eine sagen: Sie müssen auch dieser Entwicklung notgebrungener Weise Rechnung tragen! Sie machen heute manches, was Sie vor 10 und 20 Jahren nicht gemacht haben. Vor 20 Jahren hat keiner von Ihnen daran gedacht, christliche Gewerkschaften zu gründen! Sie wußten damals: Die Arbeiter, die Ihnen nachlaufen, laufen Ihnen blindlings nach, es ist noch keine Gefahr vorhanden. Auf einmal haben Sie die Gefahr erkannt, die Ihnen von der Gewerkschaftsbewegung droht, und schnell haben Sie christliche Gewerkschaften gegründet! Sie müßten das tun! Ich habe neulich schon darauf hingewiesen: Die Bischöfe haben zunächst dagegen Front gemacht, weil sie gesehen haben, wohin das letzte Endes führt. Einer der Herren hat gesagt: „Das wird



enden in der Sozialdemokratie!", und er hat weiter gesehen wie die andern Bischöfe! Sie waren auch nicht immer Freunde der Genossenschaftsbewegung. Sie müssen es werden! Und je mehr die Genossenschaftsbewegung in der Landwirtschaft selbst Fuß faßt, desto mehr werden Sie mit ihren Zersplitterungsversuchen auf dem Gebiet der andern Organisationen zurückgebrängt werden. Die Bauern werden es einsehen, daß es töricht ist, sich in Bauernvereine und landwirtschaftliche Vereine zu zersplittern. Sie werden aus sich selbst heraus zu der Forderung nach einer einheitlichen Organisation kommen. Denn hier ist ein Gebiet, das vollständig neutral ist, wenn ein Erfolg erzielt werden soll. Und dann sind Sie schon schachmatt auf diesem Gebiete gesetzt und werden der Entwicklung ihren Lauf lassen müssen! Ihre Richtung hat schon oft und vergeblich sich bemüht, das Rad der Entwicklung aufzuhalten und ihm in die Speichen zu fallen. Es war immer vergeblich! Wenn Sie auch heute 28 Mann stark sind und wir nur 12, vor wenigen Jahren war noch gar keiner der Unsrigen hier! Es wird einmal die Zeit kommen, wo das Verhältnis umgekehrt ist.

Der Präsident ersucht den Redner, zur Sache zu sprechen.

Abg. Kolb (fortfahrend): Ich wollte nur sagen, daß, wenn die Herren über meine Vorschläge lachen, das ein sehr billiges Vergnügen ist. Denn wenn man in der Mehrheit ist, kann man leicht über solche Vorschläge lachen. Die Herren (zu den Nationalliberalen) haben auch einmal gelacht, als das Zentrum noch in der Minderheit war. Das ist ihnen mittlerweile vergangen (Heiterkeit). Wir werden dafür sorgen, daß es auch Ihnen (zum Zentrum) möglichst bald vergeht, und dazu dient insbesondere unsere Agitation auf dem Lande, wo wir die Ideen vertreten, die ich heute hier vertreten habe, und ich hoffe, in der Zukunft mit steigendem Erfolg! (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. Schüler (Zentr.): Der Herr Kollege Kolb hat damit begonnen und geschlossen, daß er bedauere, daß man draußen im Lande immer und immer wieder wiederhole, die Sozialdemokratie nehme gegenüber dem Bauernstand eine feindselige Stellung ein. Er hat darüber auch dem Herrn Kollegen Morgenthaler einen Vorwurf gemacht. Ja, da müssen Sie (zum Abg. Kolb) etwas vorsichtiger sein; da sind Sie selbst schuld! Ich habe da zufällig einen Zeitungsausschnitt, der mir im Januar nach Berlin zugesandt wurde; es ist das die Nummer des „Volksfreund“ vom 17. Januar 1908. Der Artikel beschäftigt sich mit dem sogenannten Milchkrieg in Freiburg. Der Milchkrieg wurde geführt, um den Bauern für den Liter Milch einen höheren Preis als bisher festzusetzen. Herr Kollege von Gleichenstein hat schon darauf hingewiesen, daß bis vor einigen Wochen vielfach nur 11, 12 und 13 Pfennige für den Liter Milch bezahlt wurden und daß man 2 Pfennige mehr verlangt. Dieser Aufschlag war dringend notwendig, mit Rücksicht auf die hohen Preise für Futtermittel und die hohen Arbeitslöhne, und da schreibt nun der „Volksfreund“ folgendes: „Zum Zollwucher und seinen Folgen der Brot- und Fleischsteuerung ist nun auch wirklich noch die Milchsteuerung gekommen. Seit 1. Januar kostet der Liter Milch hier 22 Pfennige.“ Das ist schon nicht richtig; da müßte man annehmen, die Landwirte bekämen 22 Pfg.; das ist aber nicht der Fall, mehr wie 15 höchstens 16 Pfg. bekommt der Landwirt nicht. Nachdem die Händler abgezankelt sind, heißt es weiter: „Die Arbeiter aber und hauptsächlich die katholischen, welche bei den Wahlen noch dem Zentrum Gefolgschaft leisten, mögen sich die Leute einmal genauer anschauen, welchen sie die Steuerung zu verdanken haben. Vorwiegend berühmte Zentrumsmitglieder waren es, wie z. B. der Reichstagsabgeordnete Schüler, der

wochenlang von Ort zu Ort reiste und den Landwirten vorrechnete, daß sie die Milch viel zu billig verkaufen. Lasset die Kleinen zu mir kommen und verteuert ihnen die Milch, damit wir uns bereichern können! Dies ist am 1. Januar 1908 der Bibelspruch dieser „Christen“ geworden.“ Außerordentlich bauernfreundlich, diese Bemerkung! (Heiterkeit im Zentrum.) Ja, die Bauern lesen solche Artikel auch! Wenn sie mit Mühe und Not zu anständigen Preisen für ihre Milch kommen, werden sie kaum glauben, daß sie das der Bauernfreundlichkeit der Sozialdemokratie verdanken. Ich rege mich persönlich nicht leicht über solche Dinge auf; aber soweit es meine Person angeht, ist die ganze Geschichte von A bis Z, parlamentarisch ausgedrückt, unwahr. Der „berühmte Abgeordnete Schüler“ ist nicht von Ort zu Ort gezogen, er war damals in den Ortshäusern, mit denen dieser Milchkrieg stattfand, gehalten, er ist von Berlin gekommen, um in Freiburg in einer Versammlung zu sprechen, die einberufen war vom landwirtschaftlichen Verein und Bauernverein und besucht von Interessenten und Produzenten, die in ruhiger und sachlicher Weise die Sache besprochen haben, und dabei hat er ungefähr 20 Minuten gesprochen. Alles übrige ist Erfindung! Etwas hat es also schon für sich, wenn die Bauern meinen, Sie wären ihnen feindselig! Sie sind hier eben selbst Schuld daran.

Der Herr Kollege Kolb war in seiner Rede nicht objektiv. Er hat temperamentvoll gesprochen, sich aber immer zu uns herübergewendet, vom Zentrum und seinen agrarischen Sünden gesprochen. Herr Kollege Kolb, warum haben Sie nicht einmal dorthin (zu den Liberalen weisend) gesprochen? Sie hören doch die landwirtschaftliche Debatte schon mehrere Tage und hören, daß man hüten und drilben in wirtschaftlichen Fragen in die gleiche Kerbe haut. Wie kommt es nun, daß Sie von Ihrem Standpunkte aus uns allein auf einmal als die großen Sünden brandmarken? Es wird mich sehr freuen, wenn Sie der Landwirtschaft helfen wollen. Ich bestätige Ihnen auch, daß die Sozialdemokraten für das landwirtschaftliche Budget immer gestimmt haben.

Nun hat der Herr Kollege Kolb längere Ausführungen über die ungeschickte Art der Bauern, Landwirtschaft zu treiben, gemacht, hauptsächlich über den Körnerbau. Herr Kollege Kolb, eine solche Ansicht kann man nur äußern, wenn man diese Verhältnisse nicht kennt. Sie können den Körnerbau aus der Landwirtschaft nicht vertreiben, er ist das Rückgrat der Landwirtschaft. In jedem, auch dem kleinsten Betriebe, muß Fruchtbau getrieben werden aus den verschiedensten Gründen, die ich nicht im einzelnen aufzählen will. Vermöge des Fruchtwechsels, der Aenderung der Bebauung, kommen Jahre, wo auch im kleinsten Betriebe Ueberflüsse an Getreide vorhanden sind. Damit, daß in Amerika andere Verhältnisse sind, daß dort Körnerbau viel besser betrieben werden kann, können Sie nicht durch. Im Interesse unserer Landwirtschaft muß der Körnerbau gefördert werden. Sie hören ja in meinem Berichte, daß die Groß-Regierung eine neue Saatgutanstalt einrichtet, um da auch auf dem Gebiete intensiver vorzugehen.

Dann, Herr Kollege Kolb, haben Sie etwas sehr Wichtiges vergessen. Wir haben heute Millionen von Menschen, die ihre Lebensmittel nicht selbst bauen, und die Zahl dieser Leute vergrößert sich leider Gottes immer mehr. Immer weniger Leute sind in der Landwirtschaft tätig. Wir werden dadurch immer mehr vom Auslande mit unseren Lebensmitteln abhängig. Heute geht die Sache noch gut. In unserem eigenen Lande ist es möglich, daß Ruhe und Friede aufrecht erhalten wird; nicht aber im Ausland. Da haben wir



keine Einflüsse. Wir sind jetzt schon von den Konjunkturen des Auslandes abhängig. Sie werden zugeben, daß wir im Falle eines Krieges und im Falle einer Blockade unserer Seehäfen vor einem ganz entsetzlichen Zustande in Deutschland stehen würden, wenn wir auf das Ausland mit unseren Lebensmitteln angewiesen wären. (Abg. Fröhlich: Das sind wir unter allen Umständen!) Nein, denn bei intensivem Betrieb bauen wir Lebensmittel genug. Und, Herr Kollege Kolb, das war ein Hauptgrund, daß der von Ihnen so viel geschmähte Zollerzatz die Unterstützung der Regierung und eine Mehrheit in der Volksvertretung fand, die große Furcht vor der Gefahr einer Hungersnot, die Deutschland treffen könnte, die Unmöglichkeit, die vielen Millionen Menschen ernähren zu können. Hier zeigt sich die große Idee des besten Schutzes der Landwirtschaft, die nach den Verhältnissen, wie wir sie haben, nach der ganzen Konjunktur in Deutschland das Rückennetz der Gesellschaft bildet. Abgesehen von der Lieferung von Lebensmitteln, auch um frisches Blut in die andern Stände zu bringen, die ohne diesen Zufluß nicht bestehen könnten, müssen wir die Landwirtschaft erhalten. Sie ist heute noch stark und kräftig und wird es hoffentlich auch in Zukunft bleiben.

Auf das Gebiet des Zollerzatzes will ich nicht eingehen. Ich will nur bemerken, daß ja das Volk sein Urteil über diesen Zollerzatz gesprochen hat. Wenn sich die Agrarier, die Mehrheit des Reichstages, dabei so sehr am Volkswohl veründigt hätten, dann wären die Reichstagswahlen, die nach der Abstimmung über den Zollerzatz stattgefunden hatten, wohl anders ausgefallen. Wir sind nicht schlecht bei diesen Wahlen gefahren, sondern gerade die Herren Kollegen des Herrn Abg. Kolb!

Dieser hat in seiner Betrachtung über die kleinen Betriebe der badischen Landwirtschaft noch etwas vergessen; ich nehme an, daß er es nicht absichtlich verschwiegen hat. Das ist die große Anzahl von Industriearbeitern, Heimarbeitern und Handwerkern, die in der Nähe größerer Städte wohnen, die noch einen landwirtschaftlichen Betrieb nebenbei treiben können. Die kann man doch nicht als Musterbild für einen landwirtschaftlichen Betrieb nehmen. Diese spielen keine große Rolle, aber es ist erfreulich, wenn sie noch ein bisschen Landwirtschaft nebenbei treiben.

Nun hat der Herr Kollege Kolb auf den Wahlkampf im Wiesentale hingewiesen. Ich will ihm auch auf das Gebiet nicht folgen. Aber gerade jener Wahlkampf gab mir die Ueberzeugung: So sehr ernst meinen es die Herren Sozialdemokraten nicht mit ihrer Kritik unserer wirtschaftlichen Anschauungen, mit der Verurteilung unserer Abstimmung über den Zollerzatz, denn gerade in den wirtschaftlichen Fragen, welche die Sozialdemokraten bekämpfen, nimmt der Herr Kollege Ries, der nur mit Ihrer Hilfe gewählt wurde, den gleichen Standpunkt ein wie ihn sein Herr Gegenkandidat Oswald, wie ihn die Agrarier, wie ihn die Groß-Regierung einnehmen. Wenn Sie sich entschließen können, einen Abgeordneten selbst zu wählen, der den großen Mafel dieser Zollwucherpolitik an sich trägt, sollten Sie mit der Betämpfung dieser Politik schon etwas vorsichtiger sein.

Der Herr Kollege Kolb hat dann noch von der Rückständigkeit der Bauern, die mit den Händen in den Hosentaschen der Wissenschaft gegenüberstehen, erzählt. Ich wollte ihn fragen, ob er die Jubiläumsausstellung in Karlsruhe nicht gesehen hätte. Er hat aber dann selbst davon gesprochen. Die kleinen und mittleren Bauern aus dem ganzen Lande haben diese Jubiläumsausstellung besucht und dabei gezeigt, daß sie sehr viel Neues gelernt haben. Das ist doch ein Widerspruch, Herr Kollege Kolb. Einerseits machen Sie uns den

schweren Vorwurf der Rückständigkeit, andererseits loben Sie unsere Erfolge bei der Ausstellung. Leute, die so intensive Arbeit geleistet haben, wie dort gezeigt worden ist, kann man doch nicht als rückständig bezeichnen!

Er sprach dann von der Erhöhung der Lebensmittelpreise. Der Herr Kollege Kolb weiß doch ebenjogut wie wir, daß die Erhöhung nicht am Zollerzatz sondern in der allgemeinen Weltkonjunktur liegt, und zwar in anderen Ländern gerade so gut wie bei uns. Das ist ein Tatsache, über die man nicht hinwegkommt.

Er meinte dann bezüglich des Genossenschaftswesens, es wäre sehr bedauerlich, daß die Genossenschaften einander bekämpfen, daß sie nach Religionsgemeinschaften getrennt werden. Das ist nicht richtig. Da kann ich ihm nur raten, wenn er nähere Belehrung darüber will, so möge er sich die von dem einen oder anderen der Herren hüben oder dort drüben (zu den Liberalen deutend) geben lassen. Diese Genossenschaften — und da nehme ich keine aus, auch meinen Bauernverein nicht — haben schon sehr viel geleistet, und wir dürfen uns auch Dänemark und anderen Staaten gegenüber sehen lassen; was im Lande Baden aus eigener Kraft geleistet wird, werden uns andere Länder nicht so leicht nachmachen.

Die tüchtigsten Leute auf allen Gebieten sind die Spezialisten; ich hüte mich sehr, Herr Kollege Kolb, über Dinge zu reden, die ich nicht gründlich kenne. In der Regel haut man dabei über die Schnur oder blamiert sich. a u f: Wir sind doch eine Volksvertretung, nicht eine Der Herr Kollege Kolb stellt sich die Sache nun sehr leicht und so selbstverständlich vor, über die landwirtschaftlichen Verhältnisse zu sprechen, daß man meinen könnte, er sei der ausgeprägte Agrarminister. Er vergißt aber, daß alle Fragen gründlich studiert werden müssen, wobei dem Minister sachkundige Referenten zur Seite stehen. Diese Referenten fehlen dem Herrn Kollegen Kolb und noch ein paar andere Kleinigkeiten. (Gehtertkeit. Abg. Fröhlich: Wir sind doch eine Volksvertretung, nicht eine itändliche Vertretung!) Herr Kollege Fröhlich, auch mit Zwischenrufen fest man oft den Fleck neben das Loch (Gehtertkeit).

So erfreulich es ist, daß der Herr Kollege Kolb so reges Interesse an unseren ländlichen Verhältnissen nimmt, muß ich doch fragen: Liegen denn in seinem Lager, bei der Arbeiterschaft die Verhältnisse so glatt? Ist dort alles so gut geworden, weil der Zug vom Land in die Stadt immer zunimmt? Auf dem Land genügend Arbeit, reichliche Kost, guter Lohn und trotzdem Arbeitermangel, — in der Stadt Arbeitslose, die nichts zu verdienen haben, große Klagen über teure Lebensmittel! Da fehlt der richtige Ausgleich.

Bei aller Anerkennung des Verständnisses des Herrn Kollegen Kolb nehme ich seine Reden mit etwas Vorsicht auf. Ich bin schon ziemlich lange im Badischen Landtag; ich habe schon viele Wandlungen erlebt bei der Partei, der der Herr Kollege Kolb angehört. Ich will nur von der jüngsten Zeit sprechen: Im letzten Landtag war der Wortführer (zu den Sozialdemokraten) jener Partei der Herr Abg. Eichhorn; er hat einmal davon gesprochen, daß er gerne dabei sein möchte, wenn „mit eisernen Besen die alte staubige Bude ausgekehrt werde“; er ist nicht mehr hier, sein Platz ist leer, jetzt führt der Herr Abg. Kolb das Wort, er schlägt andere sanftere Töne an, wir wollen abwarten, wie lange er das tut. Jedenfalls wird die badische Landwirtschaft noch viel längern dauern und ihre Interessen mit ihren Leuten vertreten! Und, da spreche ich im Namen aller der Herr Kollegen: Wir Landwirte sind doch auch Spezialisten, auch Sachverständige in unserem Fach. Glauben Sie denn, es geht spurlos an uns vorüber, wenn man von Kindesbeinen auf in dem Stand tätig ist, wenn man das Wohl und Wehe am eigenen Leibe erfahren hat, und wie



einzelne Gesetze, z. B. die Handelsverträge (wir hatten ja früher solche, die das Gegenteil der jetzigen darstellten), in die Verhältnisse des badischen und deutschen Bauernstandes einschneiden und denselben schädigen?

Den Unterschied zwischen Nord- und Süddeutschland, — zwischen Klein- u. Großbetrieb, kennen wir auch, aber das sollte der Herr Kollege Kolb auch wissen — bei einem Zolltarif, bei Handelsverträgen kann man nicht Unterschiede machen, kann man nicht Jedem seinen besonderen Vrat hinstellen. Wenn der Herr Kollege Kolb ehrlich sein will, so wird er zugestehen, daß auch die deutsche Industrie recht hohe Schutzzölle hat, an denen die Bauern auch bezahlen, und wenn zugegeben wird, daß die deutsche Industrie diesen Schutz braucht (Abg. Kolb: Die Syndikate brauchen ihn und nicht das Volk!), warum soll dann nicht der gleiche Schutz auch der Landwirtschaft zuteil werden?

In der Debatte über das Ministerium des Innern ist auch über die Sparkassen und über die ländlichen Kreditvereine gesprochen worden. Der Herr Kollege Meyer-Lahr hat das Bedenken geäußert, daß die Sparkassen durch die landwirtschaftlichen Kreditvereine in ihrer Tätigkeit eingeengt würden. Der Herr Regierungsvertreter hat die Antwort in vollständig zutreffender, richtiger Weise gegeben, ich bin ganz damit einverstanden. Nun hat auch der Herr Kollege Ries der Meinung Ausdruck gegeben, es sei eigentümlich, daß Real- und Personalkredit von einander getrennt seien; er meinte, es müsse da ein Zusammenschluß kommen und in Verbindung damit eine Landeskreditkasse eingeführt werden. Schon vor zehn Jahren habe ich mit meinem Kollegen Franke ganz energisch für eine Landeskreditkasse plaidiert, leider noch ohne Erfolg. Ich sehe jetzt noch auf dem Standpunkt, daß es sehr gut für den Bauernstand wäre, wenn wir eine Landeskreditkasse hätten; aber leider sind augenblicklich unsere finanziellen Verhältnisse nicht dazu angetan, um solche Wünsche erfüllbar zu machen, umso mehr, da die Großh. Regierung in dankenswerter Weise gerade auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Kreditwesens sehr Vieles und sehr Gutes geleistet hat. Bezüglich der Darlehen der Rheinischen Hypothekbank auf Annuitäten ist ebenfalls von dem Herrn Regierungsvertreter das Nötige gesagt worden; ich möchte nur kurz bemerken: Es kann heute jeder Landwirt, der in kreditfähigem Zustande ist, gegen Verpfändung seiner Liegenschaften zu billigem Zinsfuß ein Darlehen auf Annuitäten bekommen; er zahlt mit der Annuität zwar etwas höheren Zins, aber in 20 bis 30 Jahren kann er Kapital und Zins abbezahlt haben. Es ist sehr erfreulich, daß immer mehr von diesem Institut Gebrauch gemacht wird. Die ländlichen Kreditkassen beschränken sich im Gegensatz zu den großen Sparkassen auf die eigene Gemeinde oder das Kirchspiel. Das ist außerordentlich gut und notwendig. Es ist dadurch möglich, daß die Vorstände dieser Genossenschaften jedes einzelne ihrer Mitglieder kennen. Geld wird statutenmäßig nur an Mitglieder abgegeben. Diese Institute funktionieren ausgezeichnet, und es ist auch ein gutes Zeichen für den „rückständigen“ Bauernstand, daß alle Vorstände und Verwaltungsratsmitglieder dieser Vereine ihr Amt als Ehrenamt unentgeltlich besorgen; es ist, weiß Gott, oft eine recht schwierige und verantwortungsvolle Obliegenheit, dieses Amt auszuüben. Ich will zum Beweis dessen, was diese Kreditgenossenschaften leisten und was sie im Lande Baden für eine Rolle spielen, Ihnen nur kurz ein paar Zahlen mitteilen: Wir haben jetzt im Lande Baden 390 solcher ländlichen Kreditvereine mit 52 000 Mitgliedern. Der erste Verein wurde im Jahre 1873 gegründet, der Verband, dem sich alle diese Vereine angeschlossen haben, im Jahre 1884. Diese kleinen

ländlichen Kreditkassen haben für das Jahr 1906 (für 1907 ist der Umsatz noch nicht festgestellt) einen Umsatz von 92 271 000 M. gehabt; die Einnahmen der Vereine waren 46 701 949 M., die Ausgaben 45 Millionen; der Gesamtgewinn 470 507 M.; die Summe der Reservefonds beträgt 2 150 939 M.; die Geschäftsguthaben der Vereine betragen 3 938 648 M., der durchschnittliche Umsatz eines Vereins 247 298 M. Die Darlehen werden bekanntlich nur an Mitglieder gegeben, auf bestimmte Fristen, ohne Verpfändung irgend eines Objektes, nur gegen Bürgschaft. Geldausgleichsstelle ist durch Vermittlung der Großh. Regierung seit dem Jahre 1890 die Rheinische Hypothekbank in Mannheim. Auch dieses Institut wirkt ausgezeichnet, da die Vereine, die überschüssige Gelder haben, dasselbe bei der Rheinischen Hypothekbank anlegen können, und die Gelder nötig haben, durch Vermittlung des Verbandes welches bekommen.

Da nun in der Landwirtschaft das Geld in der Regel knapp ist, hat es nicht gereicht; wir haben seinerzeit einen Rufgang zum Herrn Finanzminister gemacht, wir bekamen dann damals von der badischen Schuldentilgungskasse einen Kredit von 1½ Millionen Mark (kein Geschenk, sondern einen Kredit!), den wir gegen mäßige Verzinsung jedes Jahr in Anspruch nehmen konnten. Dieser Kredit war nun im Jahre 1907 vollständig aufgebraucht, und da gab die Rheinische Hypothekbank nochmals 500 000 M.; so stark war (hauptsächlich deshalb, weil die Ernte nicht gut ausgefallen war) das Geldbedürfnis unserer Landwirte — und seit Anfang dieses Jahres sind jene 1½ Millionen und die 500 000 M. glatt zurückbezahlt!

Durch Vermittlung der Großh. Regierung haben wir zwei Revisionen, Beamte aus dem Rechnungsfache, die jedes Jahr in jedem einzelnen Ort ganz genaue Revisionen abhalten; das ist das Fundament, die Vorbedingung für die segensreiche Arbeit unserer Vereine, und darum hören Sie bei unseren Vereinen nie etwas von Krach und von Unterschlagung. Die Großh. Regierung gibt uns ferner jährlich 1500 M. zur teilweisen Bestreitung der Revisionen und auch, um den kleinen, neu gegründeten Vereinen Zuschüsse zur Anschaffung von Büchern geben zu können. Der Verbandsvorstand ist hier in Karlsruhe, er vermittelt die Geschäfte mit den Vereinen und der Geldausgleichsstelle und steht den einzelnen Vereinen mit Rat und Tat zur Seite.

Sie sehen, auch da ist durch die Selbsthilfe des Bauernstandes und durch Mithilfe der Großh. Regierung außerordentlich viel geleistet worden.

Meinem Kollegen Kopf ist ein Schreiben von Milchproduzenten aus seinem Bezirk zugekommen; er hat mich gebeten, den Inhalt hier mitzuteilen. Im Jahre 1903 ist eine bezirkspolizeiliche Verordnung in Freiburg erlassen worden, die den Fettgehalt der Vollmilch auf 3 Proz. feststellt. Nun hat es recht viele Schwierigkeiten gegeben, indem es ja vorkommt — das wird jeder Sachverständige zugeben —, daß die Kühe, wenn sie fettig gefalbt haben, je nach der Futterart oft etwas weniger fettig gefalbt haben; bekanntlich ändert sich auch der Fettgehalt nach den Tageszeiten: Die Milch ist morgens am fettärmsten, mittags hat sie einen mittelmäßigen Fettgehalt und abends ist sie am besten. Da hat nun zuweilen die Untersuchung der Milch einen Fettgehalt von 2,9 oder 2,8 Proz. ergeben. Man hat zwar die Leute nicht sofort bestraft, aber sie sind verwirrt und im Wiederholungsfalle auch bestraft worden, und das bedeutet eine schwere Schädigung. Wir wünschen, daß jede Fälschung der Milch mit strenger Strafe belegt werden soll, aber wir meinen, daß man sich doch auch auf den Standpunkt stellen sollte: Die Milch soll so verkauft werden, wie sie von der Kuh kommt. Nun



hat der Landwirt es aber nicht in der Hand, daß er den Fettgehalt selber regeln kann. Er kann doch sein Tier nicht sofort verkaufen usw. In anderen Städten steht man nicht auf dem Standpunkt, den das Bezirksamt Freiburg eingenommen hat; es handelt sich hier vielmehr um eine vereinzelte Maßnahme, und nun bitten die Beteiligten, man möchte im Sinne einer Abänderung vorstellig werden. Ich möchte das sehr bekräftigen, es könnten dadurch die Beschwerden leicht erledigt werden.

Nun komme ich zur Weinfrage, ich darf fast sagen, zur „Wasserfrage“. Der ganze Streit dreht sich ja nicht um den Wein, sondern nur darum: Darf Wasser und wieviel Wasser dem Wein zugesetzt werden, und darf das Gemisch noch als Wein verkauft werden? Das ist der ganze Streit. Da die Frage bereits angeschnitten ist, will ich nur ein paar kurze Bemerkungen dazu machen. Ich will um so mehr keine längeren Ausführungen machen, da wir Tag für Tag darauf warten, daß die neue Weingesezvorlage dem Reichstage vorgelegt und dort beraten wird. Ich kann Ihnen mitteilen, daß der Entwurf auch der badischen Regierung zur Aeußerung und Begutachtung zugesandt wurde, diese hat Sachverständige einberufen, worunter auch meine Wenigkeit. Der Entwurf wurde gründlichst durchberaten, und ich kann Sie versichern, wenn die Gutachten aller einzelnen Bundesstaaten so ausfallen wie das unserer, dann sind wir davor bewahrt, daß der Entwurf verwässert wird. Erfreulicherweise war Einmütigkeit hinsichtlich aller Maßnahmen vorhanden, durch die der strengste Schutz der Reellität herbeigeführt werden soll. Hoffen wir, daß die Sache auch in der Weise im Reichstag erledigt wird, denn es ist dringend notwendig, daß der Weinbauer und der reelle Händler geschützt werden und der Schmierer und Fälscher tüchtig gefaßt wird.

Ordnentlich aufgeregt hat mich ein Artikel in einem Blatt, das in Freiburg erscheint unter dem Titel: „Der Badische Wein, Badische Weinzeitung, Fachblatt für Weinbau und Weinhandel.“ Dieses Fachblatt hat es für notwendig gefunden, in zwei Nummern das neue Weingesez gründlich herunterzureißen. Kein gutes Paar wird an dem ganzen Entwurf gelassen. Ich will auf die einzelnen Dinge nicht eingehen, es würde zu weit führen. Ich will nur den Schluß vorlesen, er lautet: „Wenn wir über das ganze Weingesez, wie es im Entwurf vorliegt, unsere Meinung ausdrücken, so ist es diese, daß nichts dabei herauskommt als Gifttanen, die der Kontrolle und den Gerichten Stoff im Uebermaß liefern werden, ohne anderweitig einen nennenswerten Vorteil zu bieten. Durch das neue Weingesez wird dem Weinhandel, auch dem realen, der Todesstoß versetzt“, — was die unter „reell“ verstehen, ist mir unklar — „und es werden zahlreiche Existenzen um ihr Brot gebracht und teilweise ins Proletariat verstoßen. Und wer will schließlich die Staatsabgaben bezahlen, wenn der Mittelstand seinem Untergang geweiht wird?“ Hoffen wir, daß der Mittelstand nicht auf diesem Standpunkt steht! Es ist geradezu horrend, wenn ein angebliches Fachblatt sich in dieser Weise über einen Entwurf ausspricht, der aufgebaut ist auf dem Rat und Urteil von Sachverständigen ausgearbeitet im Reichsamt des Innern in Berlin, auf Grund der schlimmen Erfahrungen, die man mit der Unzulänglichkeit des bis jetzt bestehenden Weingesezes gemacht hat.

Ich habe gestern schon mitgeteilt, welche Erfahrungen man in Augustenberg mit den Untersuchungen von ausländischem Rotwein gemacht hat. Ich will heute nur noch ein Rezept eines Rotweinhändlers aus dem Wiesental mitteilen; der Name kann, wenn es gewünscht wird, genannt werden. Man verschickt gedruckte Zirkulare, worin es heißt: „Auf 50 Liter Rotwein nimmt man zwecks Bereitung eines guten Hausstrunks 100 Liter

lauwarmes Wasser (Heiterkeit), in dem vorher 15 Pfd. Stodzucker aufgelöst worden sind. Daraus ergibt sich eine Menge von 154,5 Liter Hausstrunk, die sich folgendermaßen berechnen:

50 Liter Rotwein zu 55 Pf., akziesfrei	M. 27,50
100 „ lauwarmes Wasser	„
4 1/2 „ geben 15 Pfd. Zucker, à 26 Pf.	„ 3,90
154,5 Liter Hausstrunk kosten	M. 31,40
also ein Liter kostet rund 21 Pf.	

Das deckt sich mit dem, was Herr Behrens über das Kapitel geschrieben hat. Ich glaube, noch billiger, noch gesünder wäre es für die Leute, wenn sie klares, reines Brunnenwasser trinken würden statt dieser Brühe (Heiterkeit).

Nun hat der Herr Kollege v. Gleichenstein auch über die Selbsthilfe, die in unserem Stande durchaus nötig ist, gesprochen. Diese Selbsthilfe haben wir hier durch Gründung von Naturweinbauvereinen angewendet. Ich bin mit dem, was er über dieses Kapitel ausgeführt hat, vollständig einverstanden und verspreche mir von diesen Vereinen einen recht großen Nutzen.

Ein wunder Punkt ist auch der Etikettenschwindel. Es ist mit Recht auch von dem Herrn Kolb angeführt worden, wie billig man den Affenthaler in Berlin trinken kann. Sie finden überall, wohin Sie kommen, die feinsten Marken: Marktgräfler, Affenthaler, Durbacher, Zeller-Roten, aber an dem ganzen Geßiß ist nichts echt als die Etikette. Die Qualitätsweine sind heute durchweg sehr schwer verkäuflich. Es ist ja bekannt: Je feiner die Rebgegend, je besser der Wein ist, ein um so geringeres Quantum wird erzielt. Darum ist die große Gefahr vorhanden, daß der Anbau der feineren Sorten nicht mehr rentiert und die Leute nicht mehr auf ihre Kosten kommen. Es ist aber sehr notwendig, daß diesen Manipulationen durch das Weingesez einmal ein Riegel vorgeschoben wird. Natürlich ist eine einheitliche scharfe Kontrolle unbedingt erforderlich, und es ist dringend notwendig, daß sie nicht nur dort geübt wird, wo Wein gebaut, sondern überall dort, wo Wein getrunken und feilgehalten wird. Hoffen wir, daß wir das im Geseze erreichen können.

Nun möchte ich die Stroh. Regierung bitten, auch in Zukunft, wenn der Entwurf im Bundesrat des weiteren besprochen wird, eine wohlwollende Haltung dem notleidenden Rebbaustande gegenüber einnehmen zu wollen. Ich möchte auch bitten, wie es in dankenswerter Weise jetzt schon teilweise geschieht, für solche Staatsanstalten, welche Wein gebrauchen, nur reinen Naturwein, und zwar direkt beim Produzenten zu kaufen.

Ich möchte noch eine Beschwerde wegen der Weinkarte auf den badischen Bodenseedampfern vorbringen. Eine solche Weinkarte wurde mir von sehr zuverlässiger Seite zugesandt. Es ist seit einigen Wochen nun eine kleine Besserung eingetreten, aber sie geht mir noch nicht weit genug. Auf den badischen Bodenseedampfern sind acht Sorten Wein zu haben. Unter diesen 8 Sorten befinden sich drei badische. Bis jetzt sind da: Pfälzer, Marktgräfler, Schaffhauser, Tiroler, Meersburger, Affenthaler, Belimer und Bordeaux. Dann ist allerdings auch noch Freiessbacher Wasser dort zu haben (Heiterkeit). Nun ist seit 14 Tagen oder 3 Wochen vor dem Pfälzer noch Marktgräfler Edelwein eingefügt worden, also eine kleine Verbesserung. Aber ich meine, sowohl bei unseren badischen Anstalten als auch bei den badischen Bodenseedampfern sollten wir Heimatspolitik treiben und sollten, da wir ja so gute, feine Sorten haben, doch unter diesen 8 Sorten mindestens 5 badische und dann noch 3 auswärtige führen. Auf außerbadischen



Dampfern und in anderen Anstalten wird viel mehr darauf gesehen, die eigenen Produkte in den Vordergrund zu stellen.

Dann hätte ich noch einen Wunsch: Wir sind darüber einig, daß auch unsere Bauernbuben und -Mädel eine recht gute Schulbildung haben sollen. Nun ist im Reichstag anlässlich der Beratung des Militäretats davon gesprochen worden, daß man in einigen Bundesstaaten sogenannten landwirtschaftlichen Fachunterricht für Soldaten eingerichtet hätte. Der Vertreter des Kriegsministers, Herr General Sigt von Arnim, hat sich wohlwollend dazu geäußert. Es ist mitgeteilt worden, daß in Bayern solche Kurse beständen, daß man auch in Hessen recht gute Erfahrungen damit gemacht habe. Der Plan soll wie folgt ausgeführt werden: In Garnisonen, wo landwirtschaftliche Lehrer vorhanden sind, sollen diese natürlich gegen Bezahlung, ihre freie Zeit zur Verfügung stellen und die aus Bauernkreisen stammenden Soldaten sollen in der dienstfreien Zeit freiwillig an solchen Kursen teilnehmen können. Der Anfang verspricht recht Gutes. Im Reichstag ist mitgeteilt worden, daß in Hessen sich zahlreiche Soldaten freiwillig gemeldet haben, in Darmstadt 197, in Worms 88, in Mainz 37 Mann. Ich würde diesen Unterricht auch in unseren Garnisonen für sehr nützlich und wünschenswert halten. Es wäre auch aus anderen Gründen wünschenswert, z. B. damit die Bauernsöhne eine gewisse Fühlung mit dem landwirtschaftlichen Betrieb behalten und von manchem Anderen abgehalten und wieder lieber in ihre Heimat zurückkehren würden.

Im Budget habe ich eine Position gefunden für Maschinenkurse. Diese Kurse haben sich sehr gut bewährt. Wie allgemein bekannt, sind wir genötigt, viel mit Maschinen zu arbeiten. Nun ist aber die Behandlung der Maschinen nicht so leicht. Es gibt Ortschaften, wo der Schmied oder Schlosser nicht helfen kann, wenn eine Maschine in Unordnung geraten ist, weil er ihren Betrieb nicht kennt. Nun sind durch Vermittlung der Grobreg. Regierung in der Maschinenfabrik Gebrüder Fahr in Gottmadingen solche Kurse abgehalten worden. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß sie sehr gute Wirkung hatten, junge Leute, die die Kurse mitgemacht haben, sind imstande, die Maschinen richtig zu behandeln, sie auch auseinanderzunehmen und kleine Reparaturen auszuführen. Ich möchte daher bitten, daß diese Kurse weitergeführt werden.

Zu den Anträgen des Herrn Kollegen Neuwirth, Flurschäden beim Manöver betreffend, kann ich nur meine Zustimmung aussprechen. Ich kann bestätigen, was er ausgeführt hat, daß Abhilfe hier sehr notwendig ist.

Ich glaube aber auch, daß die Antwort der Regierung eine sehr zufriedenstellende war.

Ein weiterer Wunsch, nämlich bezüglich der Hengsthaltung, ist mir von Kürzell aus dem Bezirk Karlsruhe mitgeteilt worden. Da werden staatliche Hengste in der Ortschaft gestellt und am 1. Mai wieder nach Karlsruhe zurückgenommen. Dieser Termin sei aber in Jahren, wenn die Brunnzeit der Pferde später eintritt, zu früh und darum wäre zu wünschen, daß die Hengste erst am 1. Juli nach Karlsruhe zurückgenommen werden. Ich denke, es könnte diesem Wunsche leicht entsprochen werden.

Ich legte den größten Wert darauf, daß sich unsere Debatte über die Landwirtschaft ruhig und sachlich vollzieht und durch nichts gestört wird. Ich war überrascht, daß der Herr Kollege Müller den Wahlkampf zur Landwirtschaftskammer in die Debatte gezogen hat. Ich habe mir mit anderen Kollegen vorgenommen, nichts vorzubringen von dem, was hinter uns liegt, und will es auch jetzt noch nicht tun. Ich habe aber, wenn es notwendig wird, in dieser Sache ganz schweres Geschütz. Wenn Herr Kollege Müller es nicht glaubt, mag er sich beim Herrn Referenten des Ministeriums für Pferdebezug erkundigen. Einweisen also hoffe ich, daß die Debatte weiterhin ruhig und sachlich verläuft.

Hierauf wird abgebrochen.

Schluß der Sitzung kurz vor halb 9 Uhr abends.

\* Karlsruhe, 7. März, 43. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 7. März 1908, vormittags 9 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

Beratung des Berichts der Budgetkommission über den Budget des Grobreg. Ministeriums des Innern für die Jahre 1908 und 1909, Ausgabe Titel XVI und Einnahme Titel VII (Landwirtschaft) — Drucksache Nr. 12c — Berichterstatter: Abg. Schüler,

und damit in Verbindung:

Beratung des Berichts der Petitionskommission über die Anträge der Abg. Neuwirth und Genossen

a. die Beschleunigung der Feststellung der Vergütung für die durch Truppenübungen entstandenen Flurschäden betr. (Drucksache Nr. 35),

b. die Aenderung des Servistarifs, Beilage 1 zum Reichsgesetz vom 6. Juli 1904, durch Erhöhung der Quartiervergütung für Dienstpferde (Drucksache Nr. 36) — Drucksache Nr. 35 (36) a — Berichterstatter: Abg. Neuwirth (Fortsetzung).